

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

9. Sitzung, 29.05.1929

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 29. Mai 1929, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Landesteils Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 13.)

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Am Regierungstische: Ministerpräsident von Findh, Staatsminister Dr. Driver und Dr. Willers, Geh. Oberregierungsrat Tappenberg, Ministerialräte Ruhstrat, Lanzen, Ostendorf I und II, Eilers, Zimmermann, Christians, Zeidler, Borchers.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und möchte vorschlagen, jetzt das Protokoll zu hören von der gestrigen Sitzung, und zwar bis zum 18. Gegenstand der Tagesordnung, das ist der Voranschlag der Zentralkasse. Dann wird das neue Protokoll mit dem Voranschlag für den Landesteil Oldenburg beginnen. (Abg. Rohr verliest das Protokoll.) Sind Einwendungen gegen die Niederschrift zu erheben? Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich dieselbe für genehmigt. Wir fahren in unserer Tagesordnung, **Beratung des Voranschlages für den Landesteil Oldenburg**, fort.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Meine Herren! Als Berichterstatter habe ich meinem Eingangsbericht zum Etat nichts hinzuzufügen. Ich möchte nur auf Seite 2 des Berichts, etwa in der Mitte, einen

Druckfehler berichtigen; es heißt da: „Manche Position, insbesondere für Kulturen und Wohlfahrt“, es muß heißen: „für Kultur“.

Dann darf ich vielleicht gleich namens meiner politischen Freunde zu den Ausführungen des Finanzministers Stellung nehmen. Der Herr Finanzminister hat ausgeführt, daß das leitende Motiv für ihn bei Aufstellung des Etats das Wort „Sparsamkeit“ gewesen sei und daß das Ziel für ihn sei, solange es irgend gehe, ohne Erhöhung der Steuern auszukommen, da die Wirtschaft eine weitere steuerliche Belastung bei der jetzigen Lage nicht ertragen könne. Ich glaube, man wird mit dem Herrn Finanzminister in diesem Ziele durchaus einig sein können. Es geht tatsächlich nicht anders. Man wird ihm weiter attestieren müssen, daß der Etat denkbar sparsam aufgestellt ist. Das schließt nicht aus, daß man bezüglich der einen oder anderen Position der Auffassung sein kann, es könnte auch hier bei dem ganzen Aufbau der Behördenorganisation eine Aenderung mit dem Ziele der Sparsamkeit eintreten. Das bestreite ich nicht. Aber auch derartige Versuche werden ja nur auf lange Sicht gemacht werden können. Augenblicklich würde auch



in solchem Falle eine Etatentlastung nicht eintreten. Es kommt hinzu, daß das, was auf diesem Gebiete noch gespart werden kann, im Rahmen des Gesamtetats nicht erheblich zu Buch schlagen kann. Wir in Oldenburg wie in allen Ländern leiden unter der Tatsache, daß wir auch heute noch keinen endgültigen Finanzausgleich mit dem Reiche haben und daß, soweit man die Dinge heute übersehen kann, noch eine geraume Zeit vergehen wird, ehe dieses Ziel erreicht wird. Gestatten Sie, daß ich mit ein paar Worten auf die Finanzlage im Reiche eingehe. Es läßt sich ja die Finanzlage im Reiche nicht von der Finanzlage in den Ländern trennen. Es sind Schicksalsgemeinschaften. Der Herr Finanzminister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß, wenn die Finanzen des Reiches zusammenbrechen, automatisch die der Länder und Gemeinden mit zusammenbrechen. Das ist richtig, und gerade deswegen muß jedem Staatsbürger die augenblickliche Lage der Reichsfinanzen mit ernster Sorge erfüllen. Wir haben vor einigen Wochen eine Situation durchgemacht, die sich nicht oft wiederholen darf. Auch heute ist die Situation noch so, daß das Reich von der Hand in den Mund lebt und daß die erschütternde Tatsache zu verzeichnen ist, daß man in Berlin im Laufe des Monats immer in ständiger Sorge lebt, wie man den Ultimo überwinden soll und wie man die notwendigen Gelder schafft, um nicht erklären zu müssen, wir haben kein Geld, wir können unsere Verpflichtungen nicht erfüllen. Es werden krampfhaft Versuche gemacht, die Schulden, die man bei den Banken laufend machen muß, zum vereinbarten Termin abzudecken, um dann am nächsten Tage mit einem erweiterten Bankkonzern zu verhandeln über einen höheren Anleihebetrag, und heute ist die Lage so, daß, wenn die Zeitungsnachrichten richtig sind, von der neuen Anleihe, für die bezeichnenderweise die Zeichnungsfrist verlängert ist, schon 120 000 000 Mark verbraucht sind, daß a conto dieser Anleihe von den Banken unter anderen Millionen 120 Millionen Mark zur Verfügung gestellt sind. Bei dieser Situation muß jeder, der klaren Auges diese Entwicklung sieht — ich will nur Tatsachen konstatieren, Vorwürfe zu erheben hat keinen Zweck, es heißt heute für jeden: Wie kommen wir aus dieser Situation heraus? —, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß dieser unendlichen Gefahr, die in der jetzigen Lage der Reichsfinanzen für alle liegt, zu begegnen. Es muß ernstlich geprüft werden, was im Reiche gespart werden kann und ob wir Einrichtungen, die wir in der Nachkriegszeit geschaffen haben, aufrecht erhalten können oder nicht. Es hilft nicht, daß man sich an die eine oder andere Einrichtung klammert. Die Tatsachen sprechen ein gewichtiges Wort und man sollte bei all diesen Fragen den Parteiistandpunkt überhaupt verlassen, sondern rein vernunftgemäß und nüchtern prüfen: Was ist noch

möglich, an Einrichtungen aufrecht zu erhalten und wovon müssen wir uns trennen. Wir wissen alle, daß eine der Hauptursachen der jetzigen Situation im Reiche die Erwerbslosenfürsorge ist. (Hört, hört!) Meine Herren, es hilft nichts, wir müssen das offen aussprechen. Ich will auch über die Mißstände dieser Einrichtung, die offen zu Tage liegen, die ohnehin beseitigt werden müssen, nicht weiter sprechen. (Zuruf: Sehr richtig! — Wiederholte Zwischenrufe.) Meine Herren, ich bemühe mich, ganz ruhig und sachlich über die Dinge zu sprechen. Ich habe gesagt, ich will keine Vorwürfe erheben. — Wir können in der bisherigen Form die Erwerbslosenversicherung nicht aufrecht erhalten. Sie wissen selbst, welche Mittel des Reiches dafür in Anspruch genommen werden. (Zuruf Heitmann: Mißwirtschaft vorher!) Herr Heitmann, ich will mich durch den Zwischenruf nicht verleiten lassen, Vorwürfe zu erheben, sonst, glaube ich, würde Ihnen Hören und Sehen vergehen. — Meine Herren, ich glaube nicht, daß jemand glaubt, daß die Darlehen, die das Reich bisher dieser Versicherung gegeben hat, jemals erstattet werden, und wenn jetzt eine ganze Partei auf dem Parteitage, obgleich sie in der Regierung sitzt, rein parteimäßig erklärt: „Wir lassen an der Erwerbslosenfürsorge nicht rütteln, wir lassen uns auf keine Aenderung ein, als daß die Beiträge erhöht werden“, sich also sehenden Auges den offenliegenden Mißständen verschließt und nicht erkennen will, daß die Sache, so, wie sie bisher ausgezogen ist, nicht durchgeführt werden kann, so ist das das Gegenteil von dem, was ich vorhin als notwendig für jeden in Deutschland angeführt habe. Es ist eine Unmöglichkeit, sich alle dem zu verschließen und einfach zu sagen: „Es werden die Beiträge erhöht“ und damit die Wirtschaft einschließlich der Arbeitnehmer weiter zu belasten. Es führt das abgesehen von anderen notwendigerweise auch dazu, daß Lohnbewegungen kommen. Wir produzieren ohnehin — wer das sehen will, kann das täglich feststellen — in Deutschland viel zu teuer. Das Resultat wird dann einfach sein, daß diejenigen, die heute sich noch schlecht und recht durch die Zeit hindurch lavieren, auch zugrunde gehen, und das kann das Ziel vernünftiger Menschen nicht sein. Wohin kommen wir, wenn heute, ich lese das in der Zeitung (Zwischenruf Abg. Heitmann: 12% Dividende!) — Herr Heitmann, Sie haben nichts dazu getan. —, wenn die Löhne für die Eisenbahn erhöht werden, und jetzt, wo die Bahn erklärt, „wenn der Spruch für verbindlich erklärt wird, können wir den Mehrbetrag nicht aufwenden“, schon mit den Gedanken gespielt wird, der Reichseisenbahnverwaltung aus den Vorschüssen aus der an sich nach dem Dawesplan verpfändeten Reichsverkehrssteuer die für die Lohnerhöhung notwendigen Mittel zuzuführen, so bedeutet das ein Finanzieren von Lohnerhöhungen

mit staatlichen Mitteln. Es ist das nicht der erste Fall. Vor einem Vierteljahr ist leider ähnliches schon im Ruhrgebiet, im Bergbau, geschehen. Meine Herren, ein derartig unglaubliches Verfahren muß in kurzer Zeit zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen. (Zwischenrufe.) Herr Heitmann, Sie sind wirklich auf dem Gebiete wenig sachverständig. Meine Herren! Sparsamkeit, aber Sparsamkeit am richtigen Orte. (Zuruf: Sehr richtig! — Zwischenrufe.) Meine Herren, ich hatte eigentlich angenommen, daß wir uns, insbesondere auch in der Art, wie ich die Themen behandle, ruhig über die Sache unterhalten könnten. Es ist eine außerordentlich ernste Angelegenheit. Ich glaube, es wäre besser, Sie erkennen jetzt den Ernst als später, wenn es zu spät ist. (Zwischenrufe.) Ich habe ausgeführt, wie wir alle dringend daran interessiert sind, daß die Reichsfinanzen in Ordnung kommen. (Zwischenrufe.) — Meine Herren, Sie zwingen mich beinahe dazu, näher darauf einzugehen, wie schon einmal in schicksalsschwerer Stunde Herr Hilferding Reichsfinanzminister war! — Meine Herren, Sparsamkeit am richtigen Orte. Es sind verschiedene Anregungen im Laufe der Etatberatung gegeben, die das Ziel haben, zu sparen; z. B. der Prüfungsantrag, ob Ämter aufgehoben werden können. Meines Erachtens würde das Sparsamkeit am verkehrten Ort sein. Es muß bei Beurteilung der Frage, ob durch eine Maßnahme gespart wird oder nicht, nicht nur der Etat in Rücksicht gezogen werden, sondern auch die pekuniäre Wirkung auf die betroffene Bevölkerung. Wenn Sie ein Amt aufheben, dann bedeutet das ohne weiteres für die Bevölkerung weitere Wege, mehr Zeitverlust, höhere Kosten. — Selbstverständlich muß innerhalb des Betriebes eines jeden Amtes dahin gewirkt werden, daß dort mit so wenig Kräften als möglich gearbeitet wird und daß unnötige Arbeit vermieden wird. Wenn man da den Hebel ansetzt, ist es richtig. Eine Aufhebung von Ämtern dagegen ganz falsch. — Es ist weiter angeregt, die Seefahrtsschule in Elsfleth aufzuheben. Es ist zweifellos richtig, daß die Seefahrtsschule verhältnismäßig teuer ist, sie ist aber eine uralte oldenburgische Einrichtung, die sich sachlich und fachlich außerordentlich bewährt hat und deren Aufhebung eigentlich eine Streichung Oldenburgs als Küstenstaat bedeutet. Ehe eine derartige Einrichtung, die gleichzeitig dazu dient, eine volle Berufsausbildung zu geben, aufgehoben wird, müssen vorher, glaube ich, andere Einrichtungen daraufhin geprüft werden, ob sie entbehrlich sind. Es wird manches von dem, was wir jetzt haben, nicht zu halten sein; auch höhere Schulen gehören dazu. Es ist z. B. durchaus erwägenswert, ob nicht Nordham und Brake zusammen einen Zweckverband bilden müssen, um eine höhere Schule für beide Städte zu haben. An alle derartige Sachen müssen

wir uns gewöhnen. Ich halte es auch nicht für vertretbar, in der jetzigen Zeit die Berufsschulen weiter auszubauen, als es bisher geschehen ist. Wir sollten froh sein, wenn wir das, was wir hatten, halten können. Ob das möglich ist, ist mir persönlich sehr fraglich. Sind wir so weit, daß wir überhaupt Schulen und Berufsschulen abbauen müssen, erst dann wird man selbstverständlich auch prüfen müssen: „Können wir unter dieser Notlage Seefahrtsschulen und derartige Einrichtungen halten?“ Aber nicht eher.

Meine Herren! Es ist an der Finanzverwaltung des Staates von Gemeinden, insbesondere den Städten, lebhaft Kritik geübt worden. Der eine will auf diesem, der andere auf jenem Gebiete Mehrzuweisungen haben. Das ist verständlich. Weniger verständlich allerdings, wenn die Kritik in einer Form erfolgt, die auswärtigen Pressen den Anlaß gibt, zu sagen: „Die und die Oberbürgermeister gegen Oldenburg“. Man sollte da vorsichtig sein und mehr bedenken, welche Rückwirkungen derartige Ausführungen haben können. — Selbstverständlich kann die Verteilung anders erfolgen. Es ist durchaus erwägenswert, ob man nicht einfach sagt, die höheren Schulen werden auf den Staat übernommen, selbstverständlich die höheren Schulen, soweit sie objektiv für die Bevölkerung nötig sind, also eventuell unter Zusammenschluß verschiedener Anstalten. Es ist selbstverständlich auch zu überlegen, ob die ganze Volksschullehrerbefoldung auf den Staat übernommen werden kann. Aber die Gemeinden stehen sich dann eher schlechter als besser. (Zuruf: Auch Delmenhorst?) Ja. Daß dann aber die Verteilung der Reichsüberweisungen grundlegend auf eine ganz andere Basis gestellt werden muß, ist selbstverständlich. Also ändert man diese Basis, dann ist alles andere möglich und erwägenswert, aber nicht eher. Ich möchte übrigens die kritischen Gemeinden und Städte fragen, 1. ob sie — und nur dann, wenn sie diese Frage bejahen, hat ihre Kritik einen Zweck und Sinn —, ob sie auch nur eine Position des Staatsetats nachweisen können, bei der nicht absolute Sparsamkeit geherrscht hat, und 2. ob sie, wenn sie ihren Eigenetat und den Staatsetat vergleichen, dann nicht gerechterweise zu dem Resultat kommen, daß der Staatsetat wesentlich dürftiger eingerichtet ist als der Gemeindeetat ihrer eigenen Gemeinde. (Zuruf: Auf Kosten der Gemeinde!) Wenn der Staat mehr Lasten übernehmen soll, dann muß das dazu führen, daß der Verteilungsmaßstab zugunsten des Staates geändert wird, denn es ist nicht zu vertreten, daß der Staat, dem es schlechter geht als mancher Gemeinde, a conto von neuen Steuern diesen Gemeinden mehr zuführt. Delmenhorst, meine Herren, hat z. B. auch im vorigen Jahre noch ohne Defizit abgeschlossen, fängt also jetzt das Jahr 1928 mit reinen Papieren an. Der diesjährige Delmenhorster Vor-



anschlag weist ein Defizit von nur 150 000 *R.M.* aus. Uebrigens hat jeder Voranschlag der Vorjahre in Delmenhorst ein etwa gleich hohes Defizit aufgewiesen. (Zuruf: Genau so wie beim Staat!) Der Staat schließt das Vorjahr nicht mehr glatt ab, sondern mit einem Defizit. Meine Herren! Der Stadt Delmenhorst mache ich gar keinen Vorwurf, ich freue mich, daß es ihr so gut geht, aber die Stadt Delmenhorst soll auch nicht klagen und vor allem nicht so, wie sie es getan hat. In diesen 150 000 *R.M.* Defizit stecken übrigens 20 000 *R.M.*, die zurückgestellt werden für die Zwecke eines Winterschwimmbades. Ich will auch dagegen nichts sagen, aber die Tatsache, daß man Jahr für Jahr 20 000 *R.M.* zurückstellt für diese Zwecke, deutet wohl auf vorsichtige Finanzpolitik hin, gibt aber keinen Grund zu klagen. (Zuruf: Delmenhorst ist eine Ausnahme!) Oldenburg geht es ganz ähnlich. Man kann auch in der Stadt Oldenburg z. B. ganz verschiedener Meinung sein darüber, ob die ganzen Geschichten, die man am Marschwege macht, notwendig sind oder nicht, oder ob man sie nicht richtiger für spätere Zeiten zurückstellen kann. Ich sage nur, meine Herren, es sollen diejenigen, die vom Staat mehr haben wollen, zunächst nachweisen, daß es ihnen schlechter geht als dem Staat.

Brake und Barel. — Ich bin durchaus mit den Ausführungen des Herrn Finanzministers, es gehe nicht an, wenn wir unseren oldenburgischen Staat erhalten wollten, daß auch nur einzelne Gemeinden zu Bruch gehe, einverstanden. Es muß Brake und Barel irgendwo geholfen werden. Das Hilfsmittel bedeutet aber nicht, daß man das Defizit dieser Städte einfach auf den Staat übernommen wird und daß die Steuerzahler des Gesamtstaates das Defizit in Brake und Barel aufbringen. Das geht nicht. Ich will auf diesen Punkt nicht weiter eingehen, es wird das noch Sache der Beratung beim Finanzausgleich sein. Ich bekenne mich aber durchaus zu dem Grundsatz: Wir sind eine Gemeinschaft und haben uns gegenseitig zu helfen. Andererseits haben aber diese Plätze selbst auch das Ihrige dazu beizutragen, was den notleidenden Städten an Steuermöglichkeiten gegeben wird, muß aber auch loyal durchgeführt werden und nicht nur zum Schein. (Zuruf: Landgemeinden!) Auch darüber werden wir beim Finanzausgleich zu sprechen haben. Daß die Landgemeinden, die ihre Steuerquellen nicht voll ausschöpfen, nichts aus dem Topf bekommen können, ist auch meine Meinung. Ich gebe zu, daß darüber Meinungsverschiedenheiten bestehen können. Meine persönliche Meinung ist aber, daß es absolut unbillig ist, daß zu Lasten von ohnehin voll belasteten Gemeinden an andere Gemeinden, die noch nicht einmal alle Steuern zu heben brauchen, Zuwendungen gemacht werden. (Zwischenrufe.) Meine Herren, ich habe mich bemüht, die

Sache durchaus objektiv zu behandeln. Ich glaube, damit zunächst, soweit es allgemeine Ausführungen angeht, das gesagt zu haben, was nötig ist. Ich schließe mit dem, was ich am Anfang gesagt habe: der Etat ist mit größter Sparfameit aufgestellt, er muß auch in dieser Weise durchgeführt werden. Wir müssen manche Ausgaben, die wir sonst gern bewilligt hätten, in diesem Jahre zurückstellen. Das Ziel, in dieser schweren Zeit möglichst ohne Steuererhöhungen auszukommen, muß erreicht werden. Wir billigen die Politik des Finanzministers.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. Wempe: Meine Herren! Wer eine Anzahl von Jahren an der Gestaltung des oldenburgischen Etats mitgewirkt hat, wird sachlich zu dem vorliegenden Voranschlag nicht allzuviel zu sagen haben, es müßte denn sein, daß er von Agitationsbedürfnis getrieben wird. Ich will der Versuchung widerstehen, auf Dinge einzugehen, die außerhalb des Rahmens unserer heutigen Beratungen liegen. Was der Herr Vorredner über die Finanzlage des Reiches ausgeführt hat, mag sehr beachtlich sein, ich befürchte aber, daß weder er noch wir alle zusammen durch solche Reden in diesem Hause an den Dingen irgend etwas ändern können. (Abg. Röver: Traurig genug!)

Wenn im Bericht des vorigen Jahres die Finanzlage des Staates als gespannt bezeichnet worden ist, so kann man dem diesjährigen Bericht durchaus darin beistimmen, daß die Finanzlage sich in diesem Jahre nicht verschlechtert, sondern im Gegenteil ein klein wenig entspannt und auch gefestigt hat. Neue Anleihen sind nicht vorgeschlagen, auch nicht gefordert worden; die effektive Schuld des Landes in Höhe von etwa 11 Millionen, die zu einem erheblichen Teil aus kurzfristigen Anleihen besteht, hat auch im abgelaufenen Jahre keine Veranlassung zu Beunruhigungen gegeben, und wir hoffen mit aller Bestimmtheit, daß Beunruhigungen auch in absehbarer Zukunft nicht eintreten werden. Wenn der Voranschlag für Verzinsung und Schuldenabtragung der Anleihen aus Staatsmitteln rund 2 Millionen *R.M.* vorsieht, so erscheint uns das im Vergleich mit der Gesamtbelastung des Staates ein erfreulicher Erfolg zu sein, der uns berechtigt zu der Zuversicht, daß der Staat auch an seinen bisherigen Schulden nicht allzusehr zu tragen haben wird. — Bedenklich stimmen uns die Fehlbeträge, die bisher durch immer steigende Einnahmen ausgeglichen wurden; der Herr Finanzminister hat gesagt, daß der Fehlbetrag des laufenden Jahres wohl schon nicht ganz wird ausgeglichen werden und daß für das kommende Jahr, für 1929/30, das voranschlagsmäßige Defizit wohl auch dem wirklichen Fehlbetrag entsprechen wird. Dadurch werden sich die Voranschläge der kommenden Jahre erheblich verschlechtern. Ganz besonders bedenklich ist die Aussicht, daß mit den bisherigen Einnahmen an Ueber-

weisungen und Steuern künftige Voranschläge nicht mehr werden ins Gleichgewicht gebracht werden können. In diesem Zusammenhang weise ich hin auf die Bestrebungen, die im Reich sich geltend machen, die Ueberweisungen an die Länder nicht mehr ausschließlich nach dem Bruttoaufkommen zu bestimmen, sondern einen Teil für die Bedürfnisse des Reiches vorwegzunehmen und so schrittweise zu einer Limitierung der Ueberweisungen an die Länder zu kommen. Meine Herren, wenn der Zustand eintritt, wird es uns allerdings wesentlich schwerer sein, unsere Voranschläge in Zukunft auszugleichen.

Besonders unerfreulich in diesem ganzen Rahmen ist die geringe Bewegungsfreiheit des Staates und der Gemeinden auf diesem Gebiet, und auch in diesem Jahre müssen wir wieder mit aller Deutlichkeit ins Land hinausrufen: Es wird keine Beruhigung und Festigung der finanziellen Verhältnisse im Lande eintreten, wenn nicht eine andere Regelung der Einkommensbesteuerung im Reich Platz greift. Ein jeder, der ein ausreichendes Einkommen hat, soll auch entsprechend seinem Einkommen, nach einem gerechten Maßstab, beitragen. Wir verhehlen uns nicht, daß das kein Allheilmittel ist; auch die Besteuerung des Einkommens hat ihre Grenzen. Auch wenn eine Aenderung der Einkommensbesteuerung Platz greift, wird der Besitz immer noch schwer genug belastet bleiben. — Auf ein anderes Bedenken habe ich früher schon einmal hingewiesen. Die Ueberweisungen des Reiches an Oldenburg übersteigen nicht unerheblich den Anteil, den Oldenburg zu verlangen hätte. Der Ausgleichs-Paragraph 35 kommt dem Lande Oldenburg, in noch viel größerem Maße dem Landesteil Birkenfeld, zugute. Selbstverständlich würde diese Sonderzuweisung vom Reich wegfallen, wenn wir die Besteuerung wieder selbst in die Hand nehmen. Ob das im ganzen gesehen für uns ein wünschenswerter Zustand sein würde, ist mir ein wenig zweifelhaft.

Die Beratungen im Finanzausschuß des Landtages haben auch diesmal wieder mit aller Deutlichkeit ergeben, daß in Oldenburg rationell und sparsam gewirtschaftet wird. Das Sparen beginnt bei uns nicht erst da, wo es sich um Millionen handelt, sondern hier haben wir Gelegenheit, auch schon bei Tausenden zu sparen, und diese Art von Sparsamkeit halte ich für außerordentlich wichtig. Ich halte sie für notwendig dafür, daß überhaupt eine ernsthafte Spartätigkeit eintreten kann. Es ist wiederholt festgestellt worden, daß der Verwaltungs- und Behördenapparat in Oldenburg so einfach und zweckmäßig aufgezogen ist, wie es nur irgendwie möglich ist. Vielleicht läßt sich durch eine größere Vereinfachung der Verwaltung noch ein weiterer Schritt in der Richtung der Ersparnisse machen. (Zuruf Abg. Ad d i d s: Oberschulkollegien!) Ich komme gleich darauf. Es

ist schon früher häufig die Frage erörtert worden, ob nicht die Verwaltungsbezirke bei uns vermindert werden könnten und dadurch eine Anzahl von Behörden und Beamten entbehrlich würde. Ich weise darauf hin, daß für den Etat dadurch vielleicht auf die Dauer eine Entlastung eintreten kann, für die Gesamtheit der Bevölkerung nicht. Wenn immer wieder in Volksversammlungen mit Leidenschaft die Forderung gestellt wird, es soll gespart werden, dann meint man, daß der Staat sparen soll, an die Bevölkerung wird dabei aber meistens nicht gedacht. Ob das im wohlverstandenen Interesse des Volkes gelegen ist, möchte ich bezweifeln. Immerhin können wir meinetwegen einmal einen Versuch machen. Man kann nicht auf alle Wünsche aus dem Bevölkerungskreise Rücksicht nehmen. Als vor Zeiten die Aufhebung des Amtes Ovelgönne beschlossen war, soll die empörte Bevölkerung bei dem nächsten Besuch des Großherzogs ihm jede Ovation verweigert haben. Ich glaube aber, meine Herren, wenn wir an Verwaltungen sparen können, dann dürfen wir bei den Aemtern nicht aufhören, dann gibt es noch andere Verwaltungen, die viel entbehrlicher wären. (Zuruf von links: Oberschulkollegien!)

Die Sparsamkeit, die in Oldenburg oberstes Prinzip ist, hat sich auch bei der Befoldungsreform bewährt. Man muß anerkennen, daß kein deutsches Land die Verbesserungen in so engen Grenzen gehalten hat wie Oldenburg. (Abg. Röver: Oho!) Aus diesem Prinzip der Sparsamkeit heraus hat der größte Teil des Landtages, soweit es bisher bekannt geworden ist, beschlossen, auch als gerecht anerkannte Forderungen einzelner Beamten und Beamtengruppen in diesem Jahre zurückzustellen und bis zu einem besseren Zeitpunkt ruhen zu lassen. — Daß die Ausgaben für kulturelle und wirtschaftliche Zwecke so knapp gehalten werden mußten, bedauern wir. Die Ausgaben, die der Oldenburger Staat für kulturelle Zwecke im engeren Sinne, also für Volksbildung, Bibliotheken, Museen usw. zur Verfügung stellt, sind derartig sparsam gehalten, daß nach meiner festen Ueberzeugung Abstriche absolut nicht mehr gemacht werden können. — Die Ausgaben für wirtschaftliche Zwecke sind in dem Voranschlag gegen früher nicht unerheblich gekürzt worden. Ich weise mit besonderem Bedauern darauf hin, daß die Kultivierungsbeihilfen, die wir für die Erschließung unseres Oedlandes unbedingt notwendig haben, von 100 000 R.M. auf 80 000 R.M. herabgesetzt sind. — Auch die Beschneidung der Ausgaben für den Küstenschutz kann bedenklich stimmen, und die Ausführungen der Regierungsvertreter haben uns nicht davon überzeugen können, daß mit den vorhandenen Mitteln das geleistet werden kann, was in diesem Jahre notwendig ist. — Ich weise aber vor allem darauf hin, daß Staatshilfe notwendig ist zur Vornahme von umfang-

reichen Arbeiten, die im Interesse unserer Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, nicht mehr lange aufgeschoben werden können. Das ist insbesondere die Regelung der Wasserwirtschaft auf weitesten Bezirken unseres Landes, vor allem in der Geest. Die Leistungen des Staates auch auf diesem Gebiete haben abgenommen; dabei weiß jeder, der die Verhältnisse kennt, daß in den Aemtern Westerstede, Cloppenburg, Friesonthe, auch Behta, die Landwirtschaft erheblich leistungsfähiger sein könnte, wenn die notwendigen Arbeiten, die Regulierung der Wasserläufe, endlich einmal durchgreifend in Angriff genommen würde. (Sehr richtig!) Wir müssen die bestimmte Erwartung aussprechen, daß diese staatlichen Aufgaben mehr als bisher gefördert werden. — Es wird auf die Dauer auch nicht ankommen, daß für neue Chausseebauten Mittel nicht mehr eingestellt werden. Das Chausseeneß ist in gewissen Bezirken unseres Landes noch nicht abgeschlossen und so ausgebaut, wie es im Interesse der Wirtschaft erforderlich ist. Auch da müssen wir erwarten, daß diese Art der Sparsamkeit, die wir in diesem Jahre haben mitmachen müssen, künftig wieder verlassen wird. (Abg. Dannemann: Die ganze Kraftfahrzeugsteuer muß weg!)

Der Sozial-Etat ist im großen und ganzen auf der bisherigen Höhe gehalten worden. Wo der Voranschlag auch hier Abstriche vorgesehen hatte, sind sie größtenteils durch Beschlüsse und Anträge des Ausschusses wieder beseitigt worden, und ich hoffe, daß der Landtag einmütig diesen Beschlüssen zustimmt. Ich nehme hier aus die Berufsschulen. Ich habe immer schon betont, daß die Berufsschulen in dem Etat der sozialen Fürsorge gar nichts zu suchen haben. Wie sie da hineingekommen sind, weiß ich nicht, und wir haben in diesem Jahre beantragt, daß sie dort herauskommen sollen und beim Ministerium des Innern eingestellt werden unter der Position Handel und Gewerbe. Ich würde aber auch einverstanden sein, wenn wir sie bei irgendeiner anderen Verwaltung mit einstellen. — Im Zusammenhang mit sozialen Fragen wird heute auch regelmäßig die Frage der Arbeitslosenversicherung angeschnitten und behandelt. Wir erklären, daß wir grundsätzlich die Arbeitslosenversicherung für notwendig halten und an ihre Beseitigung nicht denken. Wir verkennen aber andererseits nicht, daß sich bei der Durchführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ganz erhebliche Mängel gezeigt haben, die unbedingt beseitigt werden müssen, und wenn man die Berichte über die Verhandlungen des Reichstages und der größeren Parlamente liest, dann wird man wohl gehört haben, daß man schon jetzt die Absicht hat, an eine durchgreifende Revision des Gesetzes heranzugehen. Wohlgermerkt, diese Aenderung darf nicht dazu führen, daß denjenigen, die ohne eigene Schuld

keine Arbeit finden können, der Lebensunterhalt noch mehr erschwert wird als es bisher schon der Fall ist. Es muß aber durch gesetzliche Bestimmungen dafür gesorgt werden, daß dieses Gesetz nicht mißbraucht wird. Ein Mißbrauch erfolgt aber nicht nur von Arbeitnehmerseite, sondern ein Mißbrauch ist in weitestem Umfange auch festzustellen auf Seiten von Unternehmern, um in Zeiten schlechter Konjunktur alle Arbeiter, die ihnen irgendwie entbehrlich erscheinen, auf die Straße zu setzen. (Lebhaftes Sehr richtig! links und in der Mitte.)

Wenn ich noch einmal zurückkommen darf auf die Förderung der Landeskultur, die bei uns in Oldenburg ihre besondere Bedeutung hat, so muß ich anerkennend darauf hinweisen, daß die Staatsregierung stets bemüht gewesen ist, die Mittel, die vom Reich für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden, ins Land hereinzuholen. Wir, die wir auf der Geest wohnen, wissen aus eigener Erfahrung, wie mit diesen Reichskrediten außerordentlich Segensreiches geschaffen worden ist, besonders auf geringeren Böden, die mit eigenen Mitteln nicht in Kultur genommen werden können. Wir danken der Staatsregierung für diese ihre Fürsorgetätigkeit und bitten, auf dem betretenen Wege nach Möglichkeit fortzufahren. Daß Oldenburg in dieser Beziehung sich vor der Welt durchaus sehen lassen darf, hat uns erneut bewiesen der Bericht, der kürzlich durch alle großen Zeitungen ging, über die Emslandfahrt von Mitgliedern der Regierungen, der Parlamente und der Presse. Was über die Zustände dort berichtet worden ist, muß einem fühlenden Menschen mit Grauen erfüllen. Daß weite, weite Landstreden noch unberührt da liegen, daß die Menschen dort hausen in Wohnungen, die eines Menschen unwürdig sind, daß die sogenannten Alkoven, die Brutstätten der Tuberkulose, dort noch an der Tagesordnung sind, daß ganze Kreise von Provinzialstraßen noch nicht berührt werden, das alles kann uns erst recht zeigen, welche segensreiche Arbeit auf dem ganz ähnlich gearteten Boden des Oldenburger Landes geleistet ist. Insbesondere muß auffallen, daß die Provinz Hannover, zu der das Emsland gehört, diesem Bezirke eine mehr als stiefmütterliche Behandlung hat zuteil werden lassen, nicht nur heute, sondern in den ganzen Jahren. Es ist nicht bloß so, daß die Bevölkerung des Emslandes wirtschaftlich rückständig geblieben ist, sondern dies hat auch eine kulturelle Rückständigkeit mit sich gebracht. Es ist mitgeteilt worden, daß die Leute sich derartig an den Zustand gewöhnt haben, daß sie sich einer Besserung direkt widersetzen. Der Zustand ist bei uns glücklicherweise seit langem überwunden.

Noch ein paar Worte zu unseren Schulen. Die Schulen sind nach unserer Ueberzeugung nicht bloß die Grundlage der geistigen Kulturhöhe eines

Volktes, sondern auch seines wirtschaftlichen Fortschritts, und darum sollte man die Schulen jeder Art in unserem Lande schützen und pflegen, nicht bloß die Volksschulen, sondern auch die höheren Schulen, wobei wir dahingestellt sein lassen, ob nicht einzelne Gemeinden in ihrem Wettstreit auf diesem Gebiete zu weit gegangen sind. Es ist die Frage berührt worden, ob diese Schulen auf den Staat zu übernehmen seien. Auch ich bin der Meinung, daß dieser Gedanke an und für sich sympathisch wäre; denn eine solche Uebernahme auf den Staat würde eine Gleichartigkeit auf dem Gebiete in unserem kleinen Land gewährleisten. Das würde aber zur Voraussetzung haben, daß der Staat auch maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung der Schulen haben müßte. Es müßte dann dem Staate vorbehalten bleiben, Schulen, die er für unrentabel hält, aufzuheben und anderswo Schulen zusammenzulegen. Ich möchte allerdings die Entrüstung in den von einem solchen Abbau betroffenen Gemeinden nicht erleben. Gegenwärtig scheitert selbstverständlich ein solcher Plan an den großen Mehrkosten, die er für den Staat haben würde, und auch hier gilt das, was schon gesagt worden ist, er würde eine grundlegende Umgestaltung des finanziellen Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinden zur Voraussetzung haben. Das Schulgeld an unseren höheren Schulen ist höher als in irgendeinem anderen deutschen Land, und das muß man im Interesse unseres Volktes bedauern; denn selbst diejenigen Herren, die überzeugt sind, daß wir zuviel höhere Schulen haben, müssen sich sagen, wenn wir in dieser Beziehung hinter dem Nachbarland zurückbleiben, hat letzten Endes unser Volk den Schaden davon. (Zuruf: Tun wir doch nicht!) Bisher noch nicht. Ich wenigstens habe ein dringendes Interesse daran, daß den Oldenburgern dieselbe Bildung zuteil wird, wie es in den anderen deutschen Ländern der Fall ist, und es ist bisher trotz der Behauptungen auch noch nicht bewiesen worden, daß Oldenburg hier mehr tut als andere Länder. — Daß für die Volksschule in erster Linie gesorgt werden muß, weil ein ganz großer Teil des Volktes hier die einzige Möglichkeit hat, diejenigen Kenntnisse zu erwerben, die für das Leben notwendig sind, ist eine Selbstverständlichkeit. Darum haben wir auch darauf gedrängt, daß trotz der gegenwärtigen Notlage des Staates die unbedingt erforderlichen Neubauten von Volksschulen vom Staat in hinreichendem Maße unterstützt werden.

Wir haben ferner beantragt, daß das Schulgeld auch für diejenigen Schulen, die entweder als Ersatz oder Zubringer für die höheren Schulen gelten, auf einer erträglichen Höhe gehalten wird; denn wir haben ein Interesse daran, daß nicht bloß die vermögenden und besitzenden, sondern auch die arbeitenden Klassen des Volktes die Möglichkeit haben, die geeigneten Kinder auf die höhere

Schule zu schicken. Darum haben wir auch die durch die vorjährige Verordnung des Staatsministeriums vorgenommene Einschränkung der Geschwisterermäßigungen durch einen Mehrheitsantrag des Ausschusses wieder beseitigen wollen. Gerade kinderreiche Familien sollen in die Lage versetzt werden, auch mehr als ein Kind auf die höhere Schule zu schicken, falls sie sich dafür eignen. — Ich darf noch hinzufügen, daß die Ueberfüllung der höheren Schulen nicht etwa Schuld der Staatsregierung und erst recht nicht Schuld der Schulleitungen ist, sondern daß das Drängen des gesamten Volktes, vom Ersten bis zum Letzten, zu den höheren Schulen die Schuld daran trägt. Ich möchte auch an dieser Stelle betonen, daß nicht etwa die Lehrerschaft der höheren Schulen ein Interesse daran hat, möglichst volle Klassen zu haben; denn das bedeutet eine Vervielfältigung der Arbeit und es bedeutet, daß an solch überfüllten Schulen der Unterricht nicht mit dem wünschenswerten Erfolg durchgeführt werden kann. Daß aber die bestehenden höheren Schulen des Staates in der Lage bleiben müssen, ihre Aufgabe zu erfüllen, versteht sich von selbst.

Ich nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der Herr Finanzminister anerkannt hat, der Zustand am Gymnasium in Bockta bedürfe in kürzester Zeit dringend einer Neuordnung. Es geht auf die Dauer nicht an, daß die Schüler einer höheren Schule in 2 oder 3 voneinander getrennten Gebäuden unterrichtet werden. Das nimmt die Arbeitskraft von Schülern und Lehrern in unberechtigtem Maße in Anspruch.

Lassen Sie mich dann noch mit einigen Worten eingehen auf einige Vorgänge im Landtag, die uns stutzig gemacht haben. Es wurde mir vorhin schon zugerufen: Aufhebung des Oberschulkollegiums. Ein solcher Antrag liegt vor. Er wird begründet mit der Notwendigkeit, zu sparen. Meine Herren, wir wollen uns hier nichts vormachen; die Veranlassung ist das Bestreben, die konfessionelle Gestaltung unserer Schulen allmählich auszuhöhlen, um dann langsam, Schritt für Schritt zu der Entchristlichung unserer Schulen zu kommen. Das ist das Ziel und das ist der Weg. (Widerspruch links.) Von dieser Ueberzeugung lassen wir uns, gewizigt durch eine lange Erfahrung, nicht abbringen. Meine Herren, ich habe schon öfter darauf hingewiesen, das Christentum ist nun einmal beklagenswerterweise bei uns im deutschen Reiche in zwei Lager gespalten; wir Katholiken bedauern diese Spaltung am allermeisten und sehnen ein Ende dieses Zustandes herbei, aber Sie beseitigen diese Spaltung nicht dadurch, daß Sie Angehörige zweier Konfessionen in ein Schulsystem zusammenzwingen, im Gegenteil, dadurch schaffen Sie Mißtrauen und Verbitterung. Der Antrag, die Oberschulkollegien aufzuheben, sollte im gegenwärtigen Augenblick nicht gestellt werden, diese Einrichtungen,

die wir nun einmal ebenso als notwendige Einrichtungen ansehen wie Sie etwa die Seefahrtsschule in Elsfleth. Einrichtungen, an denen das katholische Volk mit Liebe und Ueberzeugung hängt, sollten Sie im gegenwärtigen Augenblick nicht antasten. Wir empfinden bei solchem Versuch das, was ein Redner der Linken bei einem ähnlichen Anlaß ausgerufen hat: Kulturkampf! Sie mögen nicht daran denken, meine Herren, aber es ist etwas Derartiges. Alle solche Bestrebungen müssen naturnotwendig dahin führen, daß der christliche Charakter unserer Schulen immer mehr ausgehöhlt wird und daß dadurch schließlich auch die Wirksamkeit des Christentums in unseren Schulen leidet; denn ich betone noch einmal, Christentum gibt es nur in konfessioneller Gestalt und darum soll nach unseren Wünschen die Schule und was damit zusammenhängt, als konfessionell bestehen bleiben. Ich warne Sie, meine Herren, vor dem ersten Schritt, der zur Beseitigung dieses Zustandes führen könnte. Wenn Sie die Oberschulkollegien aufheben und dafür konfessionell gesonderte Instanzen im Ministerium schaffen wollen, dann mag nur daran erinnert sein, daß das erste, was Bismarck tat, als er den Kulturkampf begann, das war, daß er die katholische Abteilung im Kultusministerium aufhob, und ich wenigstens verwahre mich im Namen meiner Freunde und unseres ganzen katholischen und ich darf auch wohl sagen evangelischen Volkes dagegen, daß der bisherige bewährte Zustand beseitigt wird. (Unruhe links.)

Meine Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Sie werden verstehen, daß ich eine Angelegenheit, die uns Herzens- und Ueberzeugungssache ist, mit einer solchen Wärme und solchem Nachdruck vertreten habe. Was die Gestaltung des Etats im ganzen angeht, so bin ich der Ueberzeugung, daß wir auch durch unsere Beratungen im Plenum nicht viel daran ändern können. Wenn die Staatsverwaltung so sparsam aufgezo- gen ist, dann werden wir in der Richtung von Ersparnissen kaum noch etwas Wesentliches hinzufügen können. Andererseits wird es die Finanzlage des Staates nicht zulassen, Wünsche zu erfüllen, die wesentliche Mehrausgaben erfordern würden.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schömer.

Abg. Schömer: Meine Herren! Sie haben gestern eine wohldurchdachte und auch in der Form abgerundete Rede des Finanzministers gehört. Leider muß ich doch dazu bemerken, daß sie inhaltlich etwas reichlich leer gewesen ist. Das, was der Herr Finanzminister in seiner gestrigen Rede zum Ausdruck brachte, war gewissermaßen weiter nichts wie nur eine Wiederholung von Ausführungen, die im vorigen Jahre zum Voranschlag gemacht worden sind, die aber auch bei der Herbsttagung des Landtages von Seiten des

Herrn Finanzministers bereits zum Ausdruck kamen. Finanzielle Schwierigkeiten überall, das war eigentlich der Kern der ganzen Rede. Es wurde darauf hingewiesen, daß im Reich sowohl wie auch in den Ländern und in den Gemeinden in jeder Richtung gespart werden müsse. Es sind diese Sparermahnungen von Seiten des Reiches an die Länder ergangen, und die Ministerien der Länder haben, wie es auch hier in Oldenburg geschehen ist, diese Sparermahnungen an die Gemeinden weitergereicht. Es ist ferner darin zum Ausdruck gekommen, daß weitere Ausgaben auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen, daß auch neue Steuererhöhungen auf keinen Fall eintreten können, weil dies die Gesamtwirtschaft zu tragen nicht in der Lage sei. Der Herr Finanzminister hat dann vor allen Dingen auch Vergleiche zwischen dem Oldenburger Staat und den anderen Staaten, wenigstens einer Reihe von anderen Staaten, hier vorgetragen und dabei angedeutet, daß im Vergleich mit diesen Staaten Oldenburg immerhin sich noch einigermaßen günstig stände. Ich komme auf die einzelnen Ausführungen im Laufe meiner weiteren Worte noch zurück; ich wollte hier nur den Gesamteinhalt nochmals kurz andeuten.

Der Abg. Hartong hat zum Ausdruck gebracht, daß er durchaus einig gehe mit den Ausführungen des Herrn Finanzministers und daß auch er auf dem Standpunkt stände, daß nach jeder Richtung hin gespart werden müsse. Herr Abg. Hartong hat es sich aber nicht verwinden können, wie schon des öfteren, auch heute wieder zum Ausdruck zu bringen, daß vor allen Dingen im Reich die Dinge nicht so seien, wie sie nach seiner Auffassung sein müßten. Ich will ihm durchaus dieses Recht der Kritik nicht streitig machen, aber sicher ist doch, daß durch diese Kritik hier in diesem Hause im Reich nichts geändert wird. Die Parteifreunde des Herrn Abg. Hartong im Reich sind für die jetzige Politik doch in vollsten Umfange mit verantwortlich. Es würde ja nur möglich sein, hierin eine Aenderung eintreten zu lassen, wenn es Herrn Abg. Hartong gelingen würde, im Reich einen so großen Einfluß auf seine Parteifreunde auszuüben, daß sie andere Maßnahmen ergreifen würden. Das, was Herr Abg. Hartong aber über die Arbeitslosenversicherung sagte, ist nach meiner Auffassung vollständig deplaciert. Meine Herren, gewiß ist, daß in der Arbeitslosenversicherung einige Mißstände sich bemerkbar gemacht haben. Aber ebenso gewiß ist auch, daß diese Mißstände nicht wie ausgeführt nur aus den Kreisen der Arbeitslosen sich ergeben. Der Abg. Wempe hat schon ganz mit Recht angeführt, daß von einem bestimmten Kreise, vor allen Dingen von dem Kreise der Rechtsstehenden, versucht wird, die Arbeitslosenversicherung vollständig zu unterbinden. Man sucht mit allen Mitteln danach, um der Arbeitslosenversiche-

zung das Genid zu brechen. Meine Herren, wenn dieser Gedanke durchgeführt werden sollte, dann weiß ich nicht, was aus unserem deutschen Vaterlande werden soll. Oder glauben Sie vielleicht heute noch, die Arbeitslosenunterstützung mit einem Federstrich wieder beseitigen zu können? (Zuruf Abg. Hobbie: Hilferding hat jetzt schon kein Geld mehr!) Na, Herr Abg. Hobbie, Sie werden Ihre Meinung im Laufe der Debatte wohl noch zum Ausdruck bringen können und werden uns vielleicht sagen können, mit welchen Mitteln die Arbeitslosigkeit behoben werden kann. Ich möchte nur sagen, daß ich auf die ganze Frage der Arbeitslosenversicherung hier nicht eingehen will, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß wir hier daran nichts ändern können und daß man bei der zuständigen Stelle im Reich schon eine Basis finden wird. Aber vor allen Dingen möchte ich noch unterstreichen, daß ein Mißbrauch auch von seiten der Arbeitgeber mit der Einrichtung der Arbeitslosenversicherung in einem großen Umfange betrieben wird. (Zwischenruf Abg. Hug: Auf dem Lande!) Nicht nur auf dem Lande, sondern von Arbeitgeberseite in allen Schichten. (Zuruf Abg. Hartong: Das ist unrichtig!) Ich könnte Ihnen das nachweisen. (Abg. Hartong: Können Sie nicht!) Jawohl! Sie stehen immer auf dem Standpunkt, daß das von seiten der Arbeitgeber nicht vorkommen kann. Es gibt Arbeitgeber, die nicht nur in dem Sinne, wie Herr Abg. Wempe das angedeutet hat, die Arbeitslosenversicherung mißbrauchen, sondern ich könnte Ihnen auch Leute nachweisen, die durch die Arbeitslosenversicherung sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen suchen. Schon mehrfach ist es vorgekommen, daß Personen beschäftigt werden, trotzdem sich täglich zur Kontrolle melden und die Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen. Wenn ich auch zugeben will, daß daran auch mangelhafte Kontrolleinrichtungen der Arbeitsämter schuld sein können. In vielen Fällen geschehen solche verwerfliche Handlungen auch im Einvernehmen mit den Arbeitgebern. (Zuruf Abg. Röder: Müssen Sie uns die Arbeitsämter mal nennen und die Leute!) Herr Röder, ich kann selbstverständlich amtliches Material nicht jedem zur Verfügung stellen, aber soweit Sie sich dafür interessieren, können Sie amtliches Material vielleicht auch einmal bekommen.

Dann hat der Abg. Hartong vor allen Dingen auch darauf hingewiesen, daß bei Gelegenheit des Ruhrkampfes auch Reichsmittel aufgewandt worden sind. (Abg. Hartong widerspricht.) Sie sprachen vom Ruhrgebiet. (Abg. Hartong: Aber nicht von Lohnkämpfen!) Sie haben doch damit sagen wollen, daß zu dieser Zeit Mittel aufgewandt sind, die unzweckmäßig verwendet wurden. Ich erinnere daran, daß es auch mal eine Zeit gegeben hat, wo Staatsmittel in

Höhe von 700 Millionen in das Ruhrgebiet hineingeflossen sind, die unangebrachter waren als die Mittel, die gelegentlich des Ruhrkampfes von Reichs wegen in das Ruhrgebiet hineingesteckt wurden. Würde die Reichsregierung im Ruhrgebiet seinerzeit nicht eingegriffen haben, wüßte ich nicht, was in unserem Vaterland geworden wäre. (Zuruf Abg. Hartong: Ich meinte die Knappschaftsentlastung!) Wenn Herr Abg. Hartong dies gemeint hat, dann wäre es doch besser, wenn er in seinen Reden etwas deutlicher würde. (Abg. Hartong: Ich will künftig noch deutlicher werden! — Lachen rechts.) Jawohl, das wäre sehr erfreulich.

Auf die einzelnen Fragen, die Herr Abg. Wempe zu den Anträgen zum Ausdruck gebracht hat, will ich in diesem Zusammenhang nicht eingehen. Die Beurteilung darüber, ob der Voranschlag für den Staat als solchen günstig oder ungünstig ist, hängt doch zweifellos von der individuellen Einstellung des Einzelnen zum Staat ab; hängt davon ab, ob ich mich auf den Standpunkt stelle, daß der Staat nur das Allernotwendigste tun soll oder ob ich mich auf den Standpunkt stelle, daß der Staat eine große Anzahl von Aufgaben zu erfüllen hat, die der Einzelne und auch die Gemeinden nicht erfüllen können. Es ist deshalb nach meiner Auffassung vollständig abwegig, das Gute des Staates lediglich nach der Höhe der Steuern zu bemessen. Es kommt doch darauf an, die Steuern in Einklang mit dem zu bringen, was der Staat für seine gesamten Einwohner schafft. (Zwischenruf Abg. Hug: Auch schaffen muß!) Wir werden uns in diesem Falle stets von den Auffassungen eines großen Teils des Hauses unterscheiden. Nach meiner Auffassung müßte das Primäre des Staates sein, alles das zu tun, was im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt und wozu der Einzelne und die Gemeinden nicht in der Lage sind. Dazu gehört in erster Linie die Unterstützung aller Staatsangehörigen in der Förderung ihrer gesamten Lebensbedingungen, ihrer wirtschaftlichen, sittlichen und vor allem auch ihrer geistigen Interessen. Dabei möchte ich nicht unerwähnt lassen, meine Herren, daß wir hierbei im Auge haben die wirtschaftliche Besserstellung aller Staatsangehörigen. Ich glaube, auch darin unterscheiden wir uns von einem Teil des Hauses. Ich lege vor allen Dingen den Wert auf das Wort „alle Staatsangehörige“. Wir wollen, daß es allen so wohl ergehen möge, wie es nur irgendwie möglich ist. Wir wollen, daß alle gleichmäßig Anteil nehmen an sämtlichen Kulturgütern. Wir wollen aber nicht, daß es eine große Schicht innerhalb des Staates gibt, die darben muß und auf der anderen Seite eine kleine Schicht, die im Uebermaß lebt und die die Lebensgenüsse, die der Staat überhaupt zu bieten in der Lage ist, in



vollem ausschöpft und ruhig zusieht, wenn die andern dies nicht können. Meine Herren, das ist der wesentliche Unterschied, der zweifellos auch einmal hier in diesem Hause hervorgehoben werden muß.

Ich komme darauf und bin eigentlich zu diesen Ausführungen veranlaßt worden durch die sehr häufigen Andeutungen hier im Plenum sowohl wie auch in vielen anderen Ausführungen, daß unser Oldenburger Land ein ausgesprochener Agrarstaat sei. Ich habe die vorjährigen Verhandlungen des Voranschlages einer Durchsicht unterzogen und habe dort gefunden, daß der Herr Finanzminister in seiner vorjährigen Rede sagte:

„Oldenburg ist nun einmal ein Agrarstaat und so kann es gar nicht anders sein, als daß ein Wohlergehen des Oldenburger Staates nur dann denkbar ist, wenn auch der Landwirtschaft diejenigen Bedingungen gegeben sind, die ihr eine Existenzmöglichkeit gewährleisten.“

An anderer Stelle sagte der Herr Finanzminister:

„Oldenburg steht und fällt mit der Landwirtschaft, die stets ein treuer Hort bodenständiger Art, an dem der Staat stärksten Rückhalt hatte, gewesen ist und auch in Zukunft sein wird. Die Landwirtschaft stützen, heißt doch den Nährstand stützen und damit das Wohlbefinden des gesamten Volkes.“

Meine Herren! Wir verkennen durchaus nicht die große Wichtigkeit und die große Bedeutung der Landwirtschaft, der Landwirtschaft im allgemeinen und auch der Landwirtschaft für unseren engeren Staat. Die Worte des Herrn Ministers sind aber nach meiner Auffassung bestimmt übertrieben. Übertrieben sind aber auch die Andeutungen vor allen Dingen des Herrn Abg. Meyer (Holte), der auch gestern gelegentlich einer anderen Debatte hier durch einen Zwischenruf bemerkte, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in Oldenburg 66% ausmache. Herr Meyer nicht auch jetzt noch, hält also damit diese Behauptung aufrecht. Ich empfehle Herrn Meyer (Zuruf Abg. Meyer [Holte]: Können 64% sein!), einmal die statistischen Nachrichten über den Freistaat Oldenburg, die herausgegeben sind vom Statistischen Landesamt, aufmerksam zu studieren. Ich bin dann der Ueberzeugung, daß er diese Behauptung nicht mehr aufrecht erhält. (Zuruf Abg. Meyer [Holte]: Sie lesen die Zahlen falsch!) Das ist möglich, daß nach Ihrer Auffassung diese Zahlen falsch sind, aber Zahlen habe ich auch in der Volkshule lesen gelernt. Ich habe aber nicht nur einzelne Zahlen aus diesem statistischen Buch herausgeholt, sondern habe Vergleiche gezogen und bin immer wieder zu demselben Ergebnis gekommen. Es ergibt sich — ich möchte nur einige Zahlen nennen —, daß Erwerbstätige im gesamten Freistaat in der Land- und Forstwirtschaft vor-

handen waren im Juli 1925 = 130 432 macht 46,4%, daß Erwerbstätige mit Angehörigen in der Land- und Forstwirtschaft vorhanden waren = 193 940 oder 35,6%. In der Industrie usw. waren Erwerbstätige = 74 775 oder 26,6%, mit Angehörigen = 159 562 oder 29,3%. Ich will nicht die anderen Zahlen noch hier alle vortragen. (Zwischenrufe aus der Mitte.) Es sind dies Zahlen, die aus dem statistischen Jahrbuch entnommen sind. (Zuruf Abg. Brendebach: Wie ist es mit dem Handel usw.?) Bitte schön, kann ich Ihnen, wenn Sie es verlangen, auch sagen, trotzdem ich sonst nur einige Zahlen nennen wollte: Handel und Verkehr 38 114 = 13,5%, mit Angehörigen 83 161 = 15,2%, Verwaltung und freie Berufe 19 992 = 7,1%, mit Angehörigen 47 392 = 8,7%, Gesundheitswesen 3707 = 1,3%, mit Angehörigen 6093 = 1,1%, Häusliche Dienste 14 394 = 5,1%, mit Angehörigen 16 919 = 3,1%. Ich glaube, daß das wohl genügen wird, um Ihnen bewiesen zu haben, daß die Landwirtschaft bestimmt einen wichtigen Faktor bei unseren ganzen Beziehungen ausmacht, daß aber doch das, was hier immer wieder behauptet wird, an Uebertreibungen leidet. Das sind nur die Zahlen, was die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft gegenüber den Erwerbstätigen in anderen Berufen ausmachen. Wenn aber von Seiten des Herrn Finanzministers gesagt wurde, daß der Oldenburger Staat mit der Landwirtschaft steht oder fällt, dann darf man doch nicht außer acht lassen die finanziellen Leistungen, die aus der Landwirtschaft und den anderen Bevölkerungskreisen kommen. Im vorigen Jahre sind darüber auch Zahlen angeführt; danach sind aus der Landwirtschaft an Einkommen- und Körperschaftsteuern im Jahre 1927 = 1 551 000 *R.M.* aufgekomen. Ich habe hier eine Zusammenstellung, daraus geht hervor, daß für 1928 nur 478 311 *R.M.* aufgekomen sind. (Lebhafte Zwischenrufe von rechts und aus der Mitte. — Abg. Brendebach: Dafür sorgt ja Herr Hilferding!) Meine Herren, ich war mir bestimmt bewußt, daß, wenn ich diese Zahlen nenne, dann von Ihrer Seite eine ganze Reihe Zwischenrufe kommen würden. (Unruhe rechts.) Wir wollen uns doch kein X für ein U vormachen, meine Herren, glauben Sie denn wirklich, daß die Zahl der Einkommensteuer allein maßgebend ist, um damit zu beweisen, daß es der Landwirtschaft wirklich so schlecht geht, daß sie nicht mehr bezahlen kann. (Lebhafte Zurufe.) Daraus ist lediglich nach meiner festen Ueberzeugung zu erkennen, daß die Basis, auf der die Einkommens- und Körperschaftsteuer errechnet wird, sich für die Landwirtschaft außerordentlich günstig auswirkt. (Zwischenrufe. — Abg. Dannemann: Verdrehungen!) Meine Herren, das ist amtliches Material, welches vom Staatsministerium zu den Ausschlußberatungen hergegeben ist. (Andauernde

Zwischenrufe.) Die Anlage 2, Herr Meyer, haben Sie ja wohl gelesen; Sie haben bloß nichts gesagt dazu. Wir waren darauf gefaßt, in eine ausgiebige Debatte mit Ihnen einzutreten. Im übrigen ist bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit dieses Thema hier in Oldenburg so abgedroschen, daß ich wirklich keine Lust habe, darauf noch weiter einzugehen. (Abg. Meyer [Holte]: Das hören wir jedes Jahr von Ihnen!) Das ist wirklich eine Behauptung, die Sie durch nichts beweisen können; ich habe in den Voranschlagsberatungen aus den letzten Jahren nichts darüber finden können. — Meine Herren, wenn wir die Zahlen dabei betrachten und feststellen, daß die in der Landwirtschaft Tätigen nur rund 40% betragen, dann dürfen wir bei allen unseren Verhandlungen die übrigen Bevölkerungsschichten nicht aus dem Auge lassen. Ich will ohne weiteres zugeben — und das ist schon öfter gesagt worden von uns —, daß es innerhalb der Landwirtschaft einen großen Teil gibt, der Not leidet, aber die Verallgemeinerung, die von bestimmten Seiten in die Welt hinausgetragen wird, stimmt nicht, und man sollte sich vor solcher Verallgemeinerung hüten; das führt schließlich dahin, daß es niemand mehr glaubt. (Unruhe rechts. — Zuruf Abg. Dannemann: Das ist bedauerlich genug, daß Sie das noch nicht begriffen haben!) Es ist auch bedauerlich, daß von Ihnen solche Behauptungen immer wieder aufgestellt werden, Herr Abg. Dannemann. Neben der Not, die in landwirtschaftlichen Kreisen besteht, können Sie doch nicht bestreiten, daß in den übrigen Kreisen die Not ebenso groß ist. (Abg. Dannemann: Das kommt von der landwirtschaftlichen Notlage!) Nein, es muß hier eine absolute Wechselwirkung bestehen. Wir dürfen nicht Maßnahmen ergreifen, die dahin führen, daß es der Landwirtschaft gut ginge und der übrigen Bevölkerung außerordentlich schlecht (Andauernde Zwischenrufe.), sondern wir müssen dafür sorgen, daß es allen gleich gut geht, auch denjenigen, die jetzt absolut nicht in der Lage sind, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Dann wird es auch der Landwirtschaft wieder besser gehen, weil sie dann ihre Produkte wieder zu einem günstigen Preise abgeben kann. Wir alle wollen nicht, daß es der Landwirtschaft schlecht gehen soll (Zwischenrufe.), aber wir müssen uns dagegen verwahren, daß immer nur die Landwirtschaft hervorgehoben wird und man auf die anderen Bevölkerungsschichten nicht die nötige Rücksicht nimmt. (Große Unruhe rechts und in der Mitte. — Glode des Präsidenten. — Zwischenruf Abg. Heitmann: Die Prügel haben gefessen!) Ich habe angenommen, daß ich jetzt das Wort habe, aber es hat bald den Anschein, als wenn das halbe Plenum das Wort hätte. (Lachen links.)

Meine Herren! Ich möchte dann noch ganz kurz auf ein anderes Gebiet kommen. Es ist

vom Herrn Finanzminister zum Ausdruck gebracht worden, daß dafür gesorgt werden müsse, daß allen Gemeinden die Existenzmöglichkeit gegeben bleibt und selbst wenn nur eine Gemeinde darunter ist, die diese Existenzmöglichkeit nicht mehr habe, werde das Rückwirkungen auf den ganzen Staat haben. Das ist unbedingt richtig. In dem Zusammenhang hat der Herr Finanzminister aber auch angeführt, daß es Gemeinden gibt, denen es noch recht gut ginge. Er hat vor allen Dingen gesagt, daß die beiden Oberbürgermeister von Oldenburg und Delmenhorst — wahrscheinlich meint er deren Ausführungen gelegentlich der Voranschlagsberatungen — zum Ausdruck gebracht hätten, daß ihre finanziellen Verhältnisse noch günstig zu nennen sind. (Zuruf Minister Dr. Driver: Gesund!) Meine Herren, ich weiß nicht und kann auch nicht herausfinden, was er damit meint. Der Herr Finanzminister müßte doch genau so gut wissen wie ich und wie wir hoffentlich alle, daß solche Ausführungen aus ganz bestimmten Gründen gemacht werden. Und selbst wenn eine Stadt nicht mehr in der Lage wäre, ihren Voranschlag auszugleichen, würde ich es für töricht halten, wenn ein Oberbürgermeister sich hinstellen und Klagelieder anstimmen würde; dadurch würde es der Stadt nicht besser gehen. Wenn es diesen beiden Städten aber noch so gut geht, dann ist das bestimmt nicht ein Verdienst des Oldenburgischen Staatsministeriums, sondern dieses ist am allerwenigsten schuld daran. Damit ist auch noch nichts bewiesen. Wenn wir aber die gesamte Finanzbeordnung so durchführen würden, wie es vom Staatsministerium empfohlen worden ist, dann würde es auch diesen Städten in der Zukunft so schlecht gehen, daß ihre Existenz auf dem Spiele stände. Wir sind bereit, soweit es möglich ist, den Gemeinden, die sich in finanzieller Not befinden, zu helfen. Wir würden unsere Hand aber nie dazu hergeben, irgendwelche finanziellen Verschlechterungen zu treffen, und ich glaube und hoffe, daß auch das Staatsministerium — es sind leise Andeutungen in dieser Richtung vorhanden — in diesen Dingen für die Zukunft mit uns konform gehen wird.

Einen Mangel in unserer Gesetzgebung erblicke ich darin, daß zunächst der Voranschlag und hinterher das Finanzausgleichsgesetz beraten wird. Wir hörten sowohl von dem Herrn Finanzminister wie von den Herren Abg. Hartong und Wempe, daß sie in ihren Ausführungen auf das Finanzausgleichsgesetz Bezug nahmen und nehmen mußten. Aus dem Grunde müßte es doch möglich sein, daß, bevor wir endgültig zu dem Voranschlag Stellung nehmen, das Finanzausgleichsgesetz verabschiedet sein müßte. Wenn wir zunächst den Voranschlag aufstellen, dann bleiben soviel Bindungen und Hemmungen, daß sich dieses bei der Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes be-



stimmt bemerkbar machen muß. (Zuruf Abg. Schmidt: Ein Ausschuß!) Auch das würde vielleicht zweckmäßig sein, daß diese gesetzlichen Maßnahmen in einem Ausschuß zur Behandlung kämen. — Meine Herren, diese allgemeinen Ausführungen glaubte ich doch machen zu müssen, damit bei der Beschlußfassung unsere Stellungnahme dem übrigen Teil des Hauses verständlich bleibt.

Der Herr Finanzminister sagte dann noch weiter, daß das Defizit unerfreulich ist, aber zu besonderen Bedenken noch keinen Anlaß gibt. Auch wir sehen in dem jetzigen Abschluß des Voranschlages noch nicht unbedingt eine Gefahr, trotzdem muß aber doch darauf hingewiesen werden, daß das Defizit eine Belastung für die Zukunft in sich schließt. Wenn auch das Jahr 1929 als besonderes Notjahr bezeichnet wird, so wird niemand bezweifeln — und das ist auch angedeutet worden —, daß auch die kommenden Jahre noch Notjahre sein werden. Wenn wir aber mit dem Defizit von einem Notjahr das andere Notjahr belasten, dann wird es für die Zukunft, nach meiner Auffassung für die allernächste Zeit, untragbar werden. Es wäre deshalb unbedingt nach unserer Auffassung notwendig gewesen, daß von Seiten des Staatsministeriums der Mut gebracht worden wäre, einen Ausgleich in den Voranschlag hineinzubringen. Aber dazu konnte sich das Staatsministerium nicht entschließen. Es drängt sich einem doch hierbei die Frage auf, warum nicht? Die Frage ist nicht allzu schwer zu beantworten. Einem Staatsministerium, das nicht weiß, welche Mehrheit es hinter sich hat, ist es nicht möglich, den Mut aufzubringen, solche Vorschläge zu machen. (Zuruf Abg. Hartong: Sie halten selbst das Defizit für unbedenklich!) Das Staatsministerium steht hier bei uns auf Krüden, und jemand, der auf Krüden steht, kann durch den leisesten Anstoß umfallen. Dieser Zustand wird auf die Dauer unerträglich sein, und diejenigen, die einen solchen Dauerzustand haben wollen, werden später auch die Verantwortung dafür zu tragen haben. (Abg. Hartong: Das Defizit ist auch Ihres Erachtens unbedenklich!)

Meine Herren! Vom Herrn Finanzminister ist dann gesagt worden, daß bei den Sozialausgaben Streichungen nicht vorgenommen sind. Es stimmt zwar, daß in diesem Jahre Streichungen von erheblicher Art nicht vorgenommen wurden. Wenn wir aber die Voranschläge der „Sozialen Fürsorge“ von früheren Jahren betrachten, dann finden wir doch, daß gerade auf diesem Gebiete ganz erhebliche Abstriche gemacht worden sind. Der Voranschlag für „Soziale Fürsorge“ kann heute irgendwelche Abstriche nicht mehr vertragen, wenn er überhaupt den „Ruhm“ für sich in Anspruch nehmen will, daß er noch ein Voranschlag für soziale Fürsorge sein will. Es ist ein mißlich Ding, wenn der Finanzminister auch gleichzeitig

Sozialminister ist. Aus diesem Grunde können erhebliche Verbesserungen wohl auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge nicht mehr erwartet werden, weil ich annehme, daß der Finanzminister über den Sozialminister den Sieg davongetragen hat. — Ich möchte dann noch einige Worte zu dem Wohnungsbau sagen. (Zuruf Abg. Sante: Oberschulkollegium!) Ja, darauf kommen wir bei anderer Gelegenheit noch zurück. Es ist auch der Wohnungsbau hier schon öfter angedeutet worden. Vom Herrn Finanzminister ist zum Ausdruck gebracht worden, daß wir für den Wohnungsbau erheblich mehr tun, als es bisher der Fall gewesen ist und den Vergleich mit anderen Staaten aushalten können. Meine Herren, bis zu einem gewissen Grade mag das richtig sein. Tatsache ist aber, daß in unserem ordentlichen Etat für den Wohnungsbau nur an Zinsbeihilfen und Zinszuschüssen ein Betrag von 75 000 *RM* und in dem außerordentlichen Etat ein Betrag von 500 000 *RM*, also der Gesamtbetrag von 575 000 *RM* zu verzeichnen ist, welches etwa 26% der Hauszinssteuer ausmacht. Die übrigen Mittel, die mit Hilfe des Staatsministeriums durch die Staatsbank gegeben werden, die dürfen wir doch hier nicht mit einschließen; denn das ist doch nur eine Vermittlertätigkeit, die von Seiten des Staatsministeriums ausgeübt worden ist. Die Belastung des Voranschlags ist nur in diesen Zinszuschüssen und Zinsbeihilfen enthalten. Wenn wir die Befreiung der Wohnungsnot für unbedingt notwendig halten, dann müssen aber bestimmt für den Wohnungsbau für die Zukunft ganz andere Mittel aufgewendet werden als es jetzt der Fall ist.

Ich möchte nun noch einen Vergleich des Finanzministers erwähnen. Der Herr Finanzminister las uns vor, daß in Sachsen die Schuldenlast 217 Millionen *RM* beträgt, dagegen in Oldenburg rund 23 Millionen. Es ist dieser Vergleich überhaupt kein Vergleich. Einmal müßte man, wenn man diese Zahlen zum Vergleich heranziehen will, wissen, was hat der oldenburgische Staat geleistet für diese 23 Millionen *RM* und was hat der sächsische Staat für seine 217 Millionen *RM* geleistet. Ich habe nicht feststellen können, wie hoch der Voranschlag für Sachsen ist, aber ich weiß, daß das sächsische Staatsgebiet $12\frac{1}{2}$ mal so groß ist wie Oldenburg. Wenn wir 23 Millionen *RM* Schulden haben, dann ist das dieselbe Summe, die unser Voranschlag ausmacht. Wie hoch der Voranschlag Sachsens ist, weiß ich — wie gesagt — nicht, aber wenn man nur das $12\frac{1}{2}$ fache nimmt, dann geht daraus hervor, daß dort die Schuldenlast immer noch geringer ist als bei uns. Wenn man solche Beispiele anführt, muß man auch nähere Angaben darüber machen, sonst können diese Zahlen für uns nur von Nachteil sein.

Ich habe bereits erwähnt, daß ich zu den einzelnen Anträgen in diesem Zusammenhang nichts sagen will, weil es mir richtiger erscheint, wenn man seine Stellung dazu bei der Einzelberatung zum Ausdruck bringt. — Ich wäre damit am Schluß und will nur noch darauf hinweisen, daß wir im Ausschuß eifrigst mitgearbeitet haben. Daß wir alles, was in unseren Kräften steht, getan haben, um im Dienste des Volksganzen tätig zu sein. Wir können aber heute noch nicht sagen, ob es uns möglich ist, in der Schlußabstimmung dem Voranschlag unsere Zustimmung zu geben. Dies wird davon abhängen, wie die Beschlüßfassungen zu den einzelnen Anträgen sich gestalten. Wir werden uns dann eventuell nicht scheuen, wenn die Anträge, die Mehraufwendungen in sich schließen, angenommen werden, auch die notwendigen Vorschläge zu machen, um diese Mehraufwendungen zu decken. Wir werden den Mut dazu aufbringen und müssen deshalb unsere Entschlüsse davon abhängig machen, wie der Voranschlag in seiner Schlußabstimmung sich gestalten wird.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. **Schmidt:** Meine Herren! In seiner gestrigen Rede hat der Herr Minister der Finanzen entgegen seinen früheren Ausführungen nicht Maßnahmen des Reiches schuld sein lassen oder mit schuld sein lassen an den schlechten finanziellen Verhältnissen in Staat und Gemeinden. Wir dürfen das gern feststellen. Er hat bei seiner Erklärung, daß das Wohlergehen des Reiches Vorbedingung ist für das Wohlergehen von Land und Gemeinde, auf die schwierige Lage des Reiches hingewiesen.

Einen breiten Raum in den Ausführungen des Herrn Finanzministers nahmen die Vergleiche ein, die er angestellt hat zwischen den finanziellen Verhältnissen Oldenburgs und denen Preußens und anderer Länder. Nun läßt sich, meine Herren, mit Zahlen manches beweisen, oder auch nichts, und der Herr Finanzminister hat sehr viele Zahlen bei seinen Vergleichsbemühungen gebraucht. Es ist das, was er dem Landtage hergegeben hat, ein Stimmungsbild, und dieses Bild muß doch etwas unter die Lupe genommen werden.

Da muß ich feststellen, daß der Herr Finanzminister, wenn er von den Schulden anderer Länder sprach, besonders von den Schulden Preußens, er nichts angeführt hat, welche Werte Preußen dem gegenüberstellt, welche Steuerkraft Preußen hat und welche Leistungen der Staat Preußen vollzieht gegenüber seinen Unterorganen. Ich darf da besonders hinweisen auf das, was Preußen tut in bezug auf den Wohnungsbau, nicht etwa in Form der Zuschüsse, da wird Oldenburg vielleicht ebensoviel tun, aber in bezug auf die Verzinsung der Baudarlehen. Das letztere ist der Hauptgrund, weshalb in Preußen die Bautätigkeit mehr im Gange ist als leider bei uns. Dann

muß ich feststellen, daß Preußen etwa 200 Millionen aus laufenden Mitteln genommen hat, um den Wohnungsbau zu fördern, während in Oldenburg alles, was der Wohnungsbau bekommen hat, auf Anleihe genommen ist. Dann sprach der Herr Minister von der Not der preußischen Gemeinden, der Stadt- wie der Landgemeinden. Es ist richtig, was er ausgeführt hat, daß manche preußischen mittleren und kleineren Städte sich in schlechter Lage befinden. Er hat verwiesen auf den Notruf. Ich muß weiter feststellen, daß dieser Notruf von dem preußischen Städtetag aus anderen Gründen erschallt, besonders auch in Hinsicht auf Eingemeindungsfragen, die schweben im Gebiete der Schwerindustrie.

Dann hat der Minister auch gesprochen von dem Notruf der preußischen Landgemeinden. Ich habe Gelegenheit genommen, aus meiner nächsten Nähe Vergleiche heranzuziehen. Ich darf Sie mit ein paar Zahlen belästigen. Die Zahlen habe ich von den zuständigen Gemeindevorstehern; ich muß sie also als einigermaßen glaubens- und vertrauenswürdig ansehen. Ich habe die Besteuerung von 4 preußischen Gemeinden im Kreise Wittmund, die dem Amte Barel benachbart liegen, zum Vergleich herangezogen mit der Belastung von Gemeinden im Amtsbezirk Barel. Da habe ich folgendes festgestellt: Bei diesen 4 Grenzgemeinden in Ostfriesland hebt man in einer Gemeinde 120% der staatlichen Grundsteuer, in den drei anderen 150% der staatlichen Grundsteuer. Ich verweise darauf, daß die Grundlage in Preußen anders ist. Wenn Preußen 150% hebt, sind das in Oldenburg über 300%, weil in Preußen die Grundvermögenssteuer maßgebend ist, die höher ist als die oldenburgische Grundsteuer. Sonst wird merkwürdigerweise in diesen preußischen Gemeinden nichts gehoben. (Zuruf: Hört, hört!) Etwas Gewerbesteuer, die in den Landgemeinden aufkommt, fließt ja den Gemeinden zu, der preußische Staat verzichtet darauf. Zuschläge zur Steuer vom bebauten Grundbesitz gibt es nicht. Zu den Schuldenlasten, die diese Gemeinden haben, bekommen sie einen Zuschuß — dabei habe ich nicht feststellen können, ob aus Kreis-, Provinzial- oder Staatskasse — von 40% der gesamten Ausgaben. In einem Falle sind es 8000 Mark von 20 000 Mark Ausgaben.

Ich habe dann noch festgestellt an einem Vergleichsobjekt, daß eine Stelle, 38 Hektar groß, in der Gemeinde Horsten belegen, insgesamt 650 Mark Steuern zahlt, während eine oldenburgische Landesstelle, an der Grenze gelegen, in derselben Größe, allein an Gemeindesteuern in der Gemeinde Zetel, die volle Zuschläge erhebt, 850 Mark zahlt, ohne die staatliche Steuer.

Es sei mir gestattet, noch kurz zu erwähnen, daß diese eine Stelle, die in Preußen liegt, mit 1500 Mark pro Hektar zum Einheitswert ein-

geschätzt ist und die Stelle auf oldenburgischem Gebiet, die ich für gleich bonitiert halte, mit 1800 Mark im Einheitswert zu Buch steht. Ich erinnere daran, daß wir im vergangenen Jahre auch auf ähnliche Uebelstände hingewiesen haben, daß unseres Erachtens die preußischen Landstellen günstiger geschätzt sind als die oldenburgischen.

Nun, meine Herren, zum Etat. Es muß zu gegeben werden, daß der Etat des Landesteils Oldenburg ohne Anleihen sich aus sich selbst erhält. Es ist zwar ein Defizit da von schätzungsweise 800 000 Mark, das ist aber, gemessen an anderen Ländern, nichts außergewöhnliches, es ist tragbar, wir sind einverstanden mit dem Vorschlage des Finanzministers, dieses Defizit jetzt nicht zu decken, sondern die Deckung hinauszuschieben.

Der Etat ist mit Sparsamkeit und großer Vorsicht aufgestellt, das muß, objektiv gedacht, zu gegeben werden. Aber unseres Erachtens geht diese Vorsicht zu weit. Der Herr Finanzminister hat bei der Aufstellung des Voranschlages, das Gefühl haben wir, die Interessen des Staates höher gestellt als die Interessen anderer, nämlich die Interessen der Unterorgane des Staates, der Gemeinden, und so zieht sich nach unserer Anschauung, nicht erstmalig in diesem Jahre, sondern auch schon früher, wie ein roter Faden durch den Etat die Bemühung, die Finanzen des Staates aufrecht zu erhalten, auch wenn die Gemeinden dabei zu kurz kommen. Der Staat hat die Pflicht, die moralische Pflicht und auch durch Reichsgesetz die Pflicht, ausgleichend die Gelder, die vom Reich kommen, zu verwenden, ausgleichend für die Gemeinden. Diese Verpflichtung hat der Staat nicht allein beim Finanzausgleichsgesetz, sondern unseres Erachtens auch beim Landesetat. Dieser Verpflichtung kommt der Etat nicht zur Genüge nach. Ich bedaure es außerordentlich, daß manche Gemeinden in große Not gekommen sind. Man spricht von zwei Notgemeinden; aber, meine Herren, es liegt die Gefahr vor, daß manche andere Gemeinden so auf der Kippe stehen, daß auch sie sehr bald zu Notgemeinden werden können. Wenn gestern vom Regierungstisch gesagt wurde, daß die Stadt Oldenburg ihre Finanzen in Ordnung habe, so kann ich dem nicht ganz zustimmen, denn wenn man der Eingabe des Stadtmagistrats glauben soll, dann sieht es mit den Finanzen Oldenburgs doch etwas stark bedenklich aus. Wir bedauern diesen Zustand der Gemeinden, besonders auch im Interesse unserer alten liberalen Forderung, der Aufrechterhaltung und des Ausbaus der Selbstverwaltung. Meine Herren! Die Selbstverwaltung geht zu Schanden, wenn derartige Finanzwirtschaft getrieben werden muß.

Die Benachteiligung der Gemeinden, wie sie im Landesetat zum Ausdruck kommt, liegt auf verschiedenen Gebieten. Es sei mir gestattet, ein

paar Beispiele herauszugreifen. Zunächst Berufsschulen: Die erwünschte Gründung und der Ausbau der Berufsschulen ist nur ermöglicht dadurch, daß die Schulen für die erste Einrichtung und auf die Dauer 50% der Kosten vom Staate ersetzt bekamen. Von diesen 50% sind wir jetzt glücklicherweise auf 22% gekommen. Und nun will man auch noch das Normalschulgeld, was früher mit 12 Mark in Ansatz gebracht wurde, auf 18 Mark erhöhen, so daß vielleicht noch eine weitere Ermäßigung des Staatszuschusses herauskommt. Ich verweise darauf, daß die Berufsschulen, wie auch immer vom Staate anerkannt ist, eine Notwendigkeit bedeuten und daß deren Ausbau erwünscht ist. Ich stehe auf einem anderen Standpunkt als der Herr Berichterstatter, Abg. Hartong. In den weitesten Kreisen des Handwerks bricht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die Berufsschulen nicht verkümmern dürfen, wie sie das werden, wenn es so weiter geht mit der Kürzung des Zuschusses. Ich erinnere an die Entschliebung aus dem Bezirk Lohne, wo dringend gefordert wird, einen erhöhten Zuschuß einzustellen. Unser Antrag auf Erhöhung dieser Summe wird keinen Erfolg haben. Wir wollen aber dokumentieren, daß wir nicht untätig zusehen können, daß die Berufsschulen verkümmern durch immer weiter fortschreitende Verkürzung der Zuschüsse.

Ueber die höheren Schulen Oldenburgs ist verschiedentlich gesprochen worden. Wir wissen, daß die Zuschüsse nach oben hin begrenzt sind. Früher war der Zuschuß $\frac{1}{3}$ des Defizits, jetzt nur noch $\frac{2}{7}$. Wir fühlen uns vollständig frei von Schuld, wenn man jetzt hinweist auf die Ueberproduktion auf dem Gebiete des höheren Schulwesens. Wir haben immer gewarnt und wir sind es gewesen, die seinerzeit auch die Errichtung der drei höheren staatlichen Schulen abgelehnt haben; aber wir müssen mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Die Schulen sind da und müssen nach Möglichkeit lebensfähig gehalten werden. In bezug auf die Aufhebung einzelner Schulen, einzelner Gemeindefschulen, müssen wir natürlich die Gemeinden zu Worte kommen lassen. Es werden auch hier keine besonderen Ersparnisse zunächst dabei herauspringen. Was die Uebernahme der höheren Schulen auf den Staat anbetrifft, so ist, wenn man auch auf dem Standpunkt steht, daß die höheren Schulen auf den Staat übernommen werden sollen, doch dazu heute nicht der Zeitpunkt. Ich betone auch noch, daß wir prinzipiell auf dem Standpunkt stehen, daß die Konkurrenz der Gemeindefschulen gegenüber den staatlichen Schulen nicht verkehrt ist. Ich glaube, daß die staatlichen Schulen heute nicht die hohe Entwicklung hätten, wenn die Konkurrenz der Gemeindefschulen, ich erinnere an die städtische Oberrealschule in Oldenburg, nicht vorhanden gewesen wäre.

Volkschulhausbauten werden in diesem Jahre wieder gefördert durch Zuschüsse, wenn auch nur in geringem Maße. Ich möchte die Staatsregierung bitten, in Anbetracht dessen, daß doch die Gemeinden nur Schulen bauen, wenn sie dringend notwendig sind, doch auch für das nächste Jahr wieder Beträge einzusetzen. Ebenso möchte ich die Bitte aussprechen, daß für die Bezuschussung der Chausseebauten wieder Mittel eingestellt werden. In diesem Jahre werden für Gemeinde-Chausseen und Amtsverbands-Chausseen nur Zuschüsse gegeben für bereits früher bewilligte Strecken. Neue Bauten zu bezuschussen hat das Ministerium abgelehnt. Es ist bedauerlich und ich möchte die Regierung bitten, doch jetzt, wenn Gemeinden im Laufe des Sommers an sie herantreten, den Zuschuß für das nächste Jahr in sichere Aussicht zu stellen.

Die Kraftfahrzeugsteuer ist aufgekommen in einer Höhe von 1,3 Millionen Mark. Von diesen 1,3 Millionen Mark gehen 300 000 Mark als Zuschuß an die Gemeinden und die Gemeindeverbände. Das ist nicht genügend, wenn man bedenkt, daß sehr viele Amtsverbands-Chausseen einen stärkeren Verkehr zu tragen haben als manche Staatschaussee. Ich erinnere an die Eingabe des Amtsvorstandes Jever, wo die Verhältnisse so liegen, daß die Straßen des Amtsverbandes in ungleich höherem Maße der Abnutzung unterworfen sind als die Staatsstraßen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Bitte aussprechen, daß die Staatsregierung ihre Zusage dahin gibt, daß, nachdem die Hauptbezirke um die Stadt Oldenburg, soweit Staatsstraßen in Frage kommen, neu befestigt sind, nunmehr im nächsten Jahre die Außenbezirke mehr berücksichtigt werden, und da denke ich besonders an die Bezirke Jever und die Wesermarsch, wo die Staatsstraßen in einem zum Teil sehr bedenklichen Zustande sich befinden. (Zuruf: Auch Wardenburg?) Ich meine, daß Wardenburg mit berücksichtigt sei, uns ist das wenigstens mitgeteilt. Es darf erwartet werden, daß die Reparatur der Staatsstraßen in den Außenbezirken in den nächsten Jahren bevorzugt vorgenommen wird.

Noch eins: Zur Frage der Landesicherheit durch Uferschutz hat Herr Wempe schon vorhin wohlwollenderweise einige Ausführungen gemacht. Es stimmt nicht ganz, wenn der Herr Minister gestern sagte, daß 20 000 Mark gekürzt seien. Es sind gegenüber dem vorjährigen Voranschlag 56 000 Mark gekürzt. Meine Herren! Wir haben voriges Jahr aus voller Ueberzeugung einen erheblichen Zuschuß mit beschlossen für die Wasserachten im Süden, müssen aber erwarten, daß das notwendige Interesse des Nordens auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft nicht minder berücksichtigt wird. Es darf, ich sage das hier ganz offen, nicht die Annahme um sich greifen, daß,

um Zuschüsse zu erlangen, die Interessen im Süden liegen müssen. Es muß mit gleichem Maße gemessen werden. Die Verhältnisse liegen so, daß im Norden, an der Nordküste Butjadingens, die Steinbank weitergeführt werden muß. Das hat der Deichband trotz der Schwere der Zeit eingesehen und hat die Deichumlagen erhöht. Wenn der Vertreter der Staatsregierung im Ausschuß sagte, daß es vielleicht erwünscht sei, die Steinbank durchzuführen, aber eine absolute Notwendigkeit bestände, für dieses Jahr nicht, so weise ich darauf hin, daß aus diesen Worten wohl mehr der Finanzminister sprach als der Techniker, denn der Vorstand des Deichbandes ist der Ueberzeugung, daß die Sache doch schleunigst gemacht und in den nächsten Jahren mit dieser Verbesserung fortgeführt werden muß. Wir bitten, auch in dieser Beziehung unserem Antrag zuzustimmen.

Nun kurz noch einige Ausführungen zu den Herren Borrednern. Es hat der Herr Berichterstatter die Frage der Erwerbslosenfürsorge behandelt und auch der Herr Vertreter der Sozialdemokraten. Wir können das, was Herr Wempe zum Ausdruck gebracht hat, unterschreiben. Wir sind selbstverständlich für Beibehaltung der Erwerbslosenfürsorge, müssen aber dringend wünschen, daß die Auswüchse, die sich offenbar bei diesem Gesetz in seiner Handhabung gezeigt haben, beseitigt werden.

Dann hat Herr Wempe in starker Erregung gesprochen über den Antrag, der die Aufhebung der Oberschulkollegien betrifft und hat dabei, ich will einen milden Ausdruck gebrauchen, der falschen Auffassung Ausdruck gegeben, als ob diejenigen, die die Oberschulkollegien beseitigen wollen, das tun in dem Bestreben, die Schulen zu entchristlichen. Ich darf von uns aus diese Auffassung als eine irribe bezeichnen und sie zurückweisen. Meine Herren! Der Herr Vorsitzende des Ausschusses weiß, wie die Sache sich entwickelt hat. Es war zunächst der Wunsch gekommen bei einigen Herren, ein Oberschulkollegium bestehen zu lassen und das andere aufzuheben. Ich habe darauf hingewiesen, daß das ein Unding sei. Ich bin zurückgekommen auf frühere Anträge, die seit 1909 regelmäßig wiedergekommen sind: Aufhebung der Oberschulkollegien und richtige Eingliederung derselben in das Ministerium, genau denselben Antrag, der gestellt ist in bezug auf das Hochbauamt. Wir haben das von unserem Standpunkt aus nicht getan, um irgendeiner Konfession zu nahe zu treten. Wir wollen keinen Kulturkampf, wir weisen ihn ab. Wir sehen auch nicht ein, wie die katholische Konfession benachteiligt werden kann, wenn die Tätigkeit der Oberschulkollegien in das Ministerium verlegt wird. Es ist nur zum Zwecke der Vereinfachung und zur Beseitigung eines übermäßigen bürokratischen Verfahrens geschehen. Es ist immer wieder — nicht allein

von uns, sondern von Seiten der Selbstverwaltungskörper, der Stadtmagistrate und Gemeindevorsteher — jahrelang, jahrzehntelang Klage geführt worden über den Gang der Geschäfte bei den Oberschulkollegien. Lediglich zum Zwecke der Vereinfachung ist dieser Antrag gestellt. Es haben keinerlei andere Gedanken dabei eine Rolle gespielt, insonderheit nicht die Gründe, die Herr Wempe dabei glaubt zu sehen. Es liegt uns fern, den katholischen Volksgenossen in dieser Richtung zu nahe zu treten.

Meine Herren! Wir gehören nicht zu den Parteien, die die Regierung stützen. Wir haben aber stets in verantwortungsvoller Weise objektiv mitgearbeitet und haben es auch bei diesem Etat getan. Unsere Anträge gehen, wie ich es ausgeführt habe, in der Hauptsache dahin, den Gemeinden zu helfen. Unsere Abänderungsanträge liegen in der Richtung einer besseren gerechten Beordnung im Interesse der Gemeinden und ihrer Verbände.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röver.

Abg. Röver: Meine Herren! Ich will zu diesem Punkt der Tagesordnung grundsätzlich Stellung nehmen. Der Minister der Finanzen, Dr. Willers, schwebt in einem großen Optimismus. Dieser Optimismus geht auf Kosten der Gemeinden. Wir haben uns doch einmal die Frage vorzulegen: Weshalb ist der Staat da? Die irren, die glauben, daß der Staat seiner selbst willen da ist. Die ganze Politik geht auf Kosten der einzelnen Gemeinden und insofern auf Kosten der Wirtschaft, auf Kosten des Arbeiters. Und was ist die Bilanz der letzten 10 Jahre dieser Erfüllungspolitik, in der auch die oldenburgische Regierung steht? Niedergang auf der ganzen Linie. Der Staat bläht sich auf wie ein alter Buter und das Volk geht vor die Hunde. Aber noch ein anderes. Herr Finanzminister Willers, ich glaube, Sie sind ein Opfer Ihrer Arglosigkeit, die letzten 10 Jahre beweisen es. Das deutsche Volk ist ausgeliefert worden an die, die heute als Herren im Lande sitzen. Nehmen wir uns die Punkte vor, nur ein paar aus der Rede des Finanzministers, um zu beleuchten, welche wahnsinnige Politik getrieben wird. Zunächst das Defizit. Das Defizit mit 845 000 Mark wird verschwinden, meint der Herr Minister. Ich glaube nicht, daß es verschwinden wird. Es kann nämlich einfach nicht verschwinden, weil die Einnahmen nicht danach sind, die errechnet wurden, weil auf der anderen Seite die Wirtschaft langsam abgedrosselt wird. Die Dedung auf das Jahr 1930 verschoben ist für uns ein sehr schwacher Trost. Entweder müssen dann neue Anleihen aufgenommen werden, oder aber neue Steuern müssen eingeführt werden. Neue Steuern sollen kommen, wenn sie tragbar erscheinen. Bei der niedergehenden Wirt-

schaft sind Steuern nicht tragbar. Die Frerichs-Werft ist nicht mehr da, das staatliche Gelände hat ein anderer bekommen. Die Deschima sitzt darin, weil der Staat nicht mehr die Mittel hat, um dieses Werk selbst zu übernehmen. Sie sehen, daß ein Stück nach dem anderen ausgeliefert wird an die, die von der Arbeit anderer leben. Die Ueberweisungssteuern schienen gute Voraussetzungen zu haben und jetzt muß man feststellen, daß der Herr Hilferding nicht mehr so den Finanzausgleich vornehmen kann, weil er eine Ebbe hat in der Kasse. Er lebt bereits seit Dezember auf Pump, und wenn die Herren Bank- und Börsenkönige, die Beherrscher des deutschen Volkes, zu der Reichsregierung sagen würden, wir pumpen euch nichts mehr, meine Herren, dann sind die Beamten in Deutschland aufgeschmissen, dann kriegen die keinen roten Pfennig mehr. Auf diesen Tag warten wir, dann fällt die Demokratie zusammen. Wir stehen auf einem anderen Standpunkt als Herr Wempe. Ich behaupte, wir können die Politik in Oldenburg nur ändern, wenn wir erkennen, welcher Bodmist in Berlin gemacht wird, denn wir sind abhängig von der Reichspolitik da oben. Wenn dort oben kein Geld eingeht, kriegen wir auch nichts, weil wir alles verschachert haben, womit wir den Etat bilanzieren könnten. Die Abtragung der Landesschulden würde sich weiter gut entwickeln, wird gesagt. Ich höre die Botschaft, aber mir fehlt der Glaube. Meine Herren! Die Reichsbank diskontiert keine Wechsel mehr. Die Großindustrie, die hilft sich, die diskontiert in England mit 7 bis 8%, aber die kleinen Leute können das nicht mitmachen, weil sie die Verbindungen nicht haben mit dem internationalen Kapital. Rückfällig wird die Wirtschaft. Die Folge davon ist, daß eine weitere Verknappung des Geldes einsetzt. Eine Folge davon ist der höhere Zinsendienst, und die Folge davon ist, daß der Staat nicht in der Lage ist, seine Schulden abzudecken, daß er also weiter hineinkommt in den Dreck, oder er muß weitere Steuern bewilligen. Aber das geht auch nicht. Wir stellen fest, daß die zehnjährige Erfüllungspolitik uns dahin gebracht hat.

Nun zum Verteilungsmaßstab, Herr Hartong, von dem sie sprachen. Was ist denn noch zu verteilen, was soll die Regierung in Berlin verteilen? Es ist doch nichts mehr da, es ist doch eine Ebbe vorhanden. Dann nützt ein Verteilungsmaßstab nichts mehr. Die wichtigsten Einnahmequellen sind nicht da. Es ist nichts da, um die Pflichten zu erfüllen. Es ist mühsig, sich über den Verteilungsschlüssel zu unterhalten. Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren und auch die Demokratie. Der Finanzminister sprach von der Anleihepolitik. Die soll nicht fortgeführt werden. Das ist vernünftig, aber ein Fragezeichen. (Zwischenrufe.) — Es ist eigenartig, wenn der

Nationalsozialist spricht, unterhalten sich die Herren. — Die Anleihepolitik hat das deutsche Volk dahin gebracht, wo das Volk ist, weil wir die Finanzhoheit aufgegeben haben. Das begreifen Sie niemals, weil Sie das nicht dürfen. Sie sind nicht Vertreter des Volkes, Sie sind auf engbegrenzten Boden hingeseht, Sie müssen tun, was Ihnen vorgeschrieben wird. (Zwischenrufe.) Herr Hug, setzen Sie sich ruhig hin. — Die Anleihepolitik wird zur Katastrophe werden für unser Land. Was soll 1930 und 1931, die noch Notjahre sind, werden? Womit will man das Defizit deden? Die Frage ist offen und sie wird offen bleiben. In ein bis zwei Jahren sind wir am Ende der Kraft. Man will ausgleichen auf Kosten der Gemeinden. Entweder ändern Sie den Plan dahin, daß die Gemeinden lebensfähig bleiben, oder Sie lassen es so und dann sind die Gemeinden kaputt, dann hinkt der Staat hinterher. 24 Millionen Mark Schulden ohne die Barmat-schulden, dieser niedliche. Die Hälfte davon ist produktiv. Schön, ich will das anerkennen, daß rund 12 Millionen Mark produktiv angelegt sind. Die Abtragung ist aber nicht möglich aus den eben angeführten Gründen. Ein paar Worte zu dem Juden Barmat, dem Liebling der S. P. D. Herr Hartong, ich habe Ihren Bericht gelesen, und ich muß sagen, es ist etwas frivol, wenn man sagt: „Die Barmatangelegenheit ist schlüssig erledigt, die Staatsbank ist bisher in der Lage gewesen, den mit ihren Gläubigern vereinbarten Schuldenabtrag zu leisten, ohne daß der Zweck der Staatsbank irgendwie dadurch beeinträchtigt wird.“ Ich möchte feststellen: Was ist der Zweck einer Staatsbank? Der Zweck ist der, für die Interessen der Wirtschaft des Volkes zu arbeiten. Hier sehen Sie den Schlüssel. Die Erträgnisse dieser Bank, die dem Volke zugute kommen sollen, werden dem Barmat in den Rachen geworfen. Da steht in dem Bericht der Kreditanstalt, daß jährlich 300 000 Mark auf die Schuld abgetragen werden. Langsam verringert sich die Schuld für einen Bankstieber, der Oldenburg betrogen hat. Hier macht man es so, daß man nicht mehr sehen kann, was los ist. Alle Gelder, die die Bank verdient, werden gezahlt auf das Konto Barmat oder seiner Gläubiger. Für uns ist die Angelegenheit nicht erledigt. Ich bekomme das Material von der Regierung; ich werde das Material studieren und wir werden Rechenschaft fordern von den Leuten. Die Leute sollen mit Kopf und Krage dafür haften, damit das Volk nicht noch weiter ausgeplündert wird.

Weiter: Die Staatsfinanzen sind in Ordnung. Ja, Herr Finanzminister, das sagt auch mein Freund Theodor Görlitz in Oldenburg, und in demselben Augenblick wird beschlossen, eine neue Anleihe von 850 000 Mark aufzunehmen. Der Herr Finanzminister sagte weiter, man könne die

Fragen nur im Zusammenhang mit den Finanzen der Gemeinden betrachten. Das ist auch unser Standpunkt, das ist nicht zu trennen. Wenn er den Gesichtswinkel so gestellt hätte, dann müßte er anders aussehen. Die Finanzen sind nicht in Ordnung, denn der Staat ist nichts anderes als das Gerippe des Gemeinwesens. Man kann den Staatshaushalt nicht finanzieren auf Kosten der Gemeinden. Denken wir an Brake und Barel. Warum haben wir im Oktober hier gefessen und haben dem Staat 30 000 Mark gekostet? Was war das Ende? Brake und Barel bekamen die Berechtigung, ihren Einwohnern neue Steuern aufzulegen. Jetzt sagt Barel: Der Landtag muß helfen, wir können nicht mehr. Was hat die Wohnungsteuer genützt? Nichts. Warum nicht? Weil eine Kommune, deren Finanzwirtschaft auf den Hund ist, nicht in der Lage ist, ihrer Gesamtbevölkerung neue Steuern aufzuheben. Jetzt haben wir die Politik der letzten Jahre. Aus den Städten kann nichts mehr herausgeholt werden. Denselben Beweis werden Sie haben von dem Etat des nächsten Jahres. Er wird genau so zusammenbrechen wie der der beiden Städte. Delmenhorst wurde eingeworfen. Auch dort fehlen schon 150 000 Mark. Auch dieses Defizit werden Sie auf die Dauer nicht ausschalten können, einfach deshalb nicht, weil auch Delmenhorst soweit sein wird mit seiner Industrie, daß sie nicht mehr so leistungsfähig ist, denn eins greift zum anderen. Es bleibt kein Stand in Deutschland und auch nicht in Oldenburg übrig, wenn ein Stand zugrunde geht. Wer das nicht begreifen will, dem ist nicht zu helfen. Weil wir das wissen, darum ist auch der Arbeiterschaft in Delmenhorst nicht zu helfen. Der Herr Finanzminister sagte gestern, er hätte Briefe bekommen von einigen Städten, die behaupteten, ihre Finanzen seien in Ordnung. Auch ich habe gestern einen Brief bekommen von Oberbürgermeister Dr. Görlitz. Da steht etwas anderes drin. Er will eine neue Anleihe aufnehmen von 850 000 Mark, er will die Wasserpreise erhöhen, Punkt, Strich. — Die Finanzen der Stadt Oldenburg sind in Ordnung. 16½ Millionen hat der Mann uns an Schulden aufgehaßt. Da kommt vielleicht noch einer her und sagt, es ist alles in Ordnung. — Eine Pleite Scharrel, eine Pleite Politechnikum, eine Pleite Baugewerbeschule. Da sagt der Oberbürgermeister Görlitz auch: Ich habe gefapert, ich habe mir das Technikum von Barel gefapert. Die Folge davon ist, daß die Stadt Oldenburg jedes Jahr 350 000 Mark für dieses Institut aufbringen muß. Ich will damit nur sagen, daß diese Finanzpolitik, wie die Gemeinden sie betrieben haben, eine Katastrophe bedeutet. Die Gemeinden, die anständig gearbeitet haben, die sollen zugezogen werden, um diesen Leuten zu helfen. Wir lehnen das ab, wir verlangen, daß der Bürgermeister in Oldenburg zur Verantwortung



gezogen wird. In dem heutigen System gibt es keine Verantwortung, die Masse ist verantwortlich. Erst im Staate des Nationalsozialismus werden wir die Leute zur Verantwortung ziehen, die das Volk ins Unglück bringen mit einem Steuerbolschewismus der Wohnungssteuer, der Wohlfahrtsabgabe, der Kopfsteuer, der Feuerlöschsteuer; und jetzt kommt er mit einer neuen Anleihe. Anleihepolitik ist die Politik der dummmsten Leute. Warten Sie die nächsten Jahre ab, wer Recht behalten wird. Wir haben 1918 alles vorausgesehen. (Zuruf: Da waren Sie noch gar nicht da!) Weiter sagt der Minister, auf dem Städtetag und von den Städten wäre die Parole herausgegeben worden, alle Gemeinden sollten sich einschränken. Da werfe ich eine Frage auf: Für wen, Herr Minister? Bitte, wir zahlen genug, jetzt sollen wir uns noch weiter einschränken? Alles steht vor dem Zusammenbruch. Die Arbeiter liegen auf der Straße. Daß Herr Hartong das nicht begreifen kann, verstehe ich, er ist ja Ueberkapitalist. Vielleicht kann Herr Hartong auch nicht begreifen, daß der Arbeiter in den Schacht hineinsteigt und die Kohle herausholt, die er gebraucht. Die Finanzhoheit des Staates ist futsch, die Verkehrshoheit ist futsch. Eine Kolonie sind wir geworden.

Bei uns ist es dasselbe. Bei uns sitzt ein Staat im Staate, die Börse. Es hat keiner den Mut zu sagen: Nieder mit diesen Leuten, wir wollen wieder selbst Herren im Lande sein. Solange Sie die Kraft und den Mut nicht aufbringen, den Leuten in Berlin zu sagen, bis hierher und nicht weiter, haben Sie kein Recht, sich zu beklagen, denn die Freiheit wird nicht geschenkt vom Herrgott, sondern die haben wir uns zu erkämpfen. Wir haben nicht zu betteln. Wer sitzt denn in Berlin? Dort sitzt auch ein Parlament, was nicht verantwortlich ist. Wir müssen es uns verbitten, daß von den Rechtsparteien verlangt wird, daß die Arbeitslosenversicherung abgeschafft wird. Die Leute haben dasselbe Recht zum Leben wie Sie. Schaffen Sie Arbeit für die Leute. Herr Hartong, Sie haben auch kein Recht, darüber mitzusprechen. Herr Hilferding hat gesprochen. Hohn liegt in den Worten, die der Herr Finanzminister gestern brachte, das Jahr 1929 sei eines der schwierigsten Jahre. Wie kommt das? Ich komme auf die Inflation, auf dieses Naturgesetz von Herrn Schacht, der heute in Berlin oder Paris sitzt und das letzte verjoppert. Ich stelle fest, daß die Finanzleute diese Politik bewußt betrieben haben. Ich weiß, daß die Inflation bewußt getrieben ist. Bei Barmat in Schwanenworla da ist die Inflation beschlossen worden. Diese ist vertreten von Hilferding. Dieser gibt auch die Parole aus, zu sparen. Dieser Hilferding ist derjenige, der heute den Finanzausgleich macht. Dieser Hilferding treibt die Finanzen des Staates dahin,

daß sie vor einem Währungsverfall stehen, vor einem Gesamtzusammenbruch. Wenn der Transfereschutz, um den es jetzt geht, aufgehoben wird, dann ist die Währung weg. Was wollen Sie dann machen? Dann kommt der Bolschewismus. Das wollen wir nicht mitmachen. (Zwischenrufe.) Ich stehe nicht hier, um für den Etat zu sprechen, es kommt darauf an, die Ursachen zu erkennen, weshalb der Etat nicht zu bilanzieren ist. Die Ursache liegt darin, daß wir die Hoheiten verschachert, verschleudert haben. (Zuruf Abg. Krause: Mensch, haben Sie denn den Krieg verschlafen, wissen Sie nicht, daß das die Ursache ist?) Herr Krause, ich will Ihnen eins sagen: Sie haben 60 bis 70 Jahre gegen die Kapitalisten gekämpft. Ihr Genosse Bauer hat gesagt, es ist jetzt Zeit, daß die S. P. D. sich häuslich einrichtet im kapitalistischen Staat. Was ist das? Wir sind bereit, die Wege zu zeigen, die gangbar sind. 50% des Volkes leben von der Substanz. Den Weg haben wir zu gehen, den wir dauernd verlangt haben: Holen Sie sich das wieder, was Sie verschachert haben, die Hoheiten. Herr Lahmann beklagte sich, daß einer von der christlichen Bauernpartei gesagt habe: Weg mit diesem System. Sehen wir den Parteitag in Magdeburg an, was wird propagiert? Die Diktatur. Herr Hermann Müller möchte Diktator werden. Sie wissen genau, was los ist, die Herren von der S. P. D., die kein Vaterland kennen, die damals sagten: Jagt die Fürsten zum Teufel, wenn die Republik da ist, wird das Leben schön werden. Das sehen Sie heute: Niederbruch auf der ganzen Linie. Schieber beuten das Volk aus. Geben Sie dem Volke die Hoheiten zurück, dann wird es besser werden.

Herrn Hartong auch ein kurzes Wort: Herr Hartong führte aus, die Landgemeinden, die die Steuerquellen nicht ausschöpfen, hätten kein Recht, sich zu beklagen. Die Steuerquellen sind derartig ausgeschöpft, daß wir die Folgen davon sehen: Zusammenbruch überall. Wenn diese noch weiter ausgepreßt werden, ist die Folge ein weiterer Niedergang. Herr Wempe sprach von den Oberschulkollegien, die abgebaut werden sollten. Auch wir müssen uns dagegen verwahren, daß das eine Entchristlichung sein soll. Nein, wir stehen auf einem anderen Standpunkt. Schule und Oberschulkollegien haben mit Religion nichts miteinander zu tun. (Zuruf vom Zentrum: Sagen Sie das im Münsterlande!) Das werde ich jeden Tag im Münsterlande sagen. Mussolini in Italien hat sich dagegen verwahrt, daß Kirche und Schule in einen Topf geworfen werden. Die Schule ist die Angelegenheit eines Staates und nicht der Kirche. Die Kirchen sind nichts anderes als die Hüter der Religion. Wir stehen auf dem Standpunkt, wenn die Hüter des Kirchwesens, die Pastore, aus dem Parlament verschwinden werden

und sich mehr um die Seelsorge bekümmern, dann wird es besser. Noch eins zum Zentrum: Haben Sie ein Recht, sich zu beklagen, die Sie seit 60 Jahren nichts anderes getan haben, als mit den Gotteslästerern zu arbeiten? Wie kommen Sie dazu, sich aufzulehnen. Sie haben kein Recht dazu. Mit der Demokratie im preußischen Landtag haben Sie den Etat für die Kirchen abgelehnt. Mit solchen Parteien müssen Sie nicht zusammengehen. Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie angegriffen werden. Beim Oberschulkollegium kommen nur die Fragen der Schulen zur Debatte, da werden Sie keine Seele verlieren. Ich mache Ihnen keine Konzession im Interesse des Volkes.

Die Landwirtschaft hat am wenigsten Einkommensteuer, sagt der Herr von der S. P. D. Herr Schömer hat sich weiter ausgelassen, daß es auch andere Berufe gäbe außer der Landwirtschaft, denen es schlecht gehe. Auch das weiß ich. Eins aber möchte ich Herrn Schömer sagen: Das Programm der S. P. D. (Zuruf: Das kennen Sie ja nicht!) Wenn Sie es gelesen hätten, würden Ihre Kollegen nicht einen solchen Unsinn verzapft haben. (Zwischenrufe.) Das Ziel des Marxismus ist erreicht, wenn der Mittelstand zerstört ist. Und die Landwirtschaft ist ein Träger des Mittelstandes. (Zwischenrufe.) Sie haben kein Recht, sich als Vertreter der Landwirtschaft hinzustellen, Sie, die Sie kein Volk und Vaterland kennen, Sie, die Sie alles verraten haben. (Wiederholte Zwischenrufe. — Präsident: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen!) Es liegt nichts anderes als ein System darin, dem Volk etwas vorzutäuschen. Wir Nationalsozialisten lehnen den Etat grundsätzlich ab, solange die Staatsregierung nicht herantritt an die Ursachen des Unterganges. (Die Mehrzahl der Abgeordneten entfernt sich aus dem Saale.) Ich spreche auch vor leeren Bänken. (Zuruf Abg. Hartong: Sie können niemand zumuten, bei Ihnen zuzuhören!) Das glaube ich. Keine Partei hat das Recht, sich zu beklagen. (Präsident: Ich bitte Sie, ruhig zu sprechen!) Ich spreche so, wie ich will. (Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung!) Ich stelle fest, solange die Regierung den Weg nicht beschreitet, um die Ursachen aufzudecken, das Volk aufzuklären, wer die Ausbeuter sind, solange gibt es keine Wendung. Nieder mit diesem System, keinen Pfennig und keinen Mann diesem Staate.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. **Abdiß**.

Abg. Abdiß: Meine Herren! Ich werde hier keine große Etatrede halten, ebenso keine große Weltanschauungsrede. Ich will mich auch bescheiden, nicht in den Ton des Kollegen Röver zu verfallen; denn wir haben hier keine Volksversammlung, sondern ein Haus, in dem sachliche Arbeit geleistet werden soll. (Sehr richtig!)

Meine Herren, es ist hier von verschiedenen Seiten schon die Frage angeschnitten bei der Behandlung des uns vorliegenden Voranschlags, welches sind die Gründe und Ursachen der heutigen Finanzkatastrophe? Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß man da schon von einer katastrophalen Auswirkung reden kann. Welches sind nun die Ursachen und Gründe? Nach meiner Auffassung ist es, außenpolitisch gesehen, die gewaltige Belastung mit den Reparationen, und in dem Punkt kann ich nur Herrn Röver folgen, wenn er sagt, daß in Paris diese Firma sich nur einmal wieder zusammengesetzt hat, um neue Reparationen und Tribute aus uns herauszupressen; und daß sich da leider Gottes wieder deutsche Unterhändler finden, die neue Verpflichtungen auf die Schultern des deutschen Volkes nehmen wollen, die absolut untragbar sind, ist nach unserer Ansicht sehr bedauerlich. (Zuruf Abg. Nieberg: Wollten Sie die Verhandlungen ablehnen?) Jawohl, ich hätte das kurzerhand abgelehnt. — Was ist sonst schuld an unserer schlechten wirtschaftlichen Lage? Das ist unsere passive Handelsbilanz, die wir seit mehreren Jahren haben im Deutschen Reich und die sich daraus ergibt, daß wir nicht die ganzen Verpflichtungen des Dawes-Planes aus den Erträgen der Wirtschaft nehmen. Nur unter der Voraussetzung haben die Kreise, auf die leider heute ein Stein geworfen wird, zugestimmt. Wir haben heute einen gewaltigen Einfuhrüberschuß; so etwas kann sich ein Volk nicht leisten und es ist nur bedauerlich, daß gerade wir von der Landwirtschaft immer wieder betonen müssen, daß das zum größten Teil Agrarprodukte sind, und zwar Agrarprodukte, die wir selbst in Deutschland erzeugen können, wenn wir eine vernünftige Zoll- und Handelspolitik treiben. — Der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen, wenn die Reichsfinanzen zusammenbrechen, würden auch die Finanzen der Länder und Gemeinden zusammenbrechen. Ich möchte das dahin erweitern, daß ich sage, wenn die Landwirtschaft zusammenbricht, dann bricht auch die gesamte deutsche Volkswirtschaft zusammen. Die Landwirtschaft ist auch heute noch der wichtigste Berufsstand, den wir in Deutschland haben. Wenn es uns nicht gelingt, den Zusammenbruch der Landwirtschaft aufzuhalten, dann gibt es keine Rettung mehr für unsere gesamte Volkswirtschaft. Jeder, der es gut meint mit dem deutschen Volke, der muß deshalb eintreten für die Existenz und die Rettung der deutschen Landwirtschaft. Und gerade Oldenburg ist auf Gedeih und Verderb abhängig von einer gesunden, leistungsfähigen und steuerkräftigen Landwirtschaft, und wenn hier dem Ministerium Erklärungen unterbreitet sind, daß weite Kreise der Landwirtschaft nicht mehr in der Lage sind, ihren steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen, so soll man das nicht als Steuerstreik auffassen. Wer



Steuern zahlen kann, auch in der Landwirtschaft, soll Steuern zahlen; es gibt aber heute schon weite Kreise, die einfach nicht mehr zahlen können, es sei denn, daß sie ihre Substanz angreifen oder sich mit weiteren Schulden belasten, und das ist ein unhaltbarer Zustand. Das ist unverantwortlich, genau so, wie es unverantwortlich ist — in der Parallele gesprochen —, daß das deutsche Volk die Reparationsverpflichtungen aus der Substanz tätigt. Auch das ist ein unhaltbarer Zustand. (Zwischenruf Abg. Meyer [Holte]: Wo wollen Sie die denn hernehmen?) Aus den Wirtschaftsüberschüssen, Herr Meyer, und wenn die nicht vorhanden sind, sollten wir jede Reparationsverpflichtung ablehnen.

Es ist gesagt von einem der Herren Vorredner — ich glaube, es ist Herr Wempe gewesen —, man solle gewiß sparen, aber keine Agitation damit treiben. Ich meine, das steht mit den Tatsachen im Widerspruch. Wenn man Vorschläge macht, daß da und dort gespart werden kann, so ist das sachliche Mitarbeit und auf keinen Fall Agitation. Wir jedenfalls sind hierher gekommen, um sachlich mitzuarbeiten und keine Agitation zu treiben. (Zwischenruf des Abg. Meyer [Holte].) Herr Meyer (Holte), das ist sachliches Eintreten für die Landschule; ich werde Ihnen schon erzählen, wo wir abstreichen können. — Es ist auch das Steuersystem angeschnitten worden und da ist schon gesagt worden, die Grundlage jeder Steuergesetzgebung, die einzige gerechte Grundlage der Steuergesetzgebung, das ist die Einkommensteuer, und an dieser Einkommensteuer hat man immer so herumgedoktert, daß die Einkommensteuerpflichtigen gut wegkommen dabei. Dadurch kommt man immer wieder dahin, daß die Realsteuern letzten Endes ausgebaut werden müssen. Das ist ein Unrecht, und es ist zu bedauern, daß sich leider auch im Reichstag weiteste Kreise gefunden haben, die immer zu dieser Beschneidung der Einkommensteuer die Hand gegeben haben. Es wird immer gesagt, wenn wir erst wieder das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer haben, wird es anders. Ich befürchte, wenn unsere Landgemeinden heute das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer bekommen würden, sie in Oldenburg z. B. nichts mit dem Zuschlagsrecht anfangen könnten. (Zuruf Abg. Röver: Ihre Freunde im Reichstag fordern das aber!) Meine Freunde fordern das nicht.

Nun zu einigen sachlichen Bemerkungen des Voranschlages. Alles das, was wir uns heute nicht leisten können, auch in unseren kleinen oldenburgischen Verhältnissen, das muß rücksichtslos, ohne mit der Wimper zu zucken, gestrichen werden, und ich müßte ein Brett vor dem Kopf haben, wenn ich sagen wollte, an der Seefahrtsschule in Elsfleth nicht rütteln zu wollen. Ich tue das aber mit voller Ueberlegung; das vertritt ich übrigens auch in meinem Amtsbezirk. Wir haben

bei der Seefahrtsschule im Jahre 1927 auf der Ausgabenseite 62 600 *RM* und auf der Einnahmenseite 3255 *RM* zu verzeichnen. Meine Herren, dieses Mißverhältnis ist mir doch zu groß, als daß ich es noch verantworten könnte, eine solche Schule weiter bestehen zu lassen. Dann soll man sich mit Bremen oder Geestemünde oder Hamburg meinetwegen verständigen. Ich möchte mal als Vergleich dabei folgendes erwähnen. Wir waren im letzten Sommer in Barel. In Barel war vor längerer Zeit eine höhere Landwirtschaftsschule. Die wurde dem Staat aber nachher zu teuer und die mußte abgebaut werden. Da wird nicht gefragt, wenn es um die Landwirtschaft geht, ist die Schule auch notwendig, da heißt es einfach, es muß gespart werden und deshalb muß die Schule abgebaut werden. Bei der Seefahrtsschule kommt dieser Gesichtspunkt scheinbar nicht in Frage, da wird scheinbar mit sehr einseitigem Maß gemessen. — Meine Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine andere Schule zu sprechen kommen, das ist eine Landwirtschaftsschule. Es ist die Schule in Stollhamm, die 11 Schüler hat. Auch da stehe ich auf dem Standpunkt, eine solche Schule ist nicht lebensfähig, entweder muß sie eingehen oder auf eine andere Grundlage gestellt werden. (Zuruf Abg. Lahmann: Wir wollen sie kapern. — Heiterkeit.) Kapern Sie sie sich nur. Ob das eine Landwirtschaftsschule ist oder eine Seefahrtsschule, das ist mir egal, eine solche Schule können wir uns nicht leisten.

Meine Herren, dann die sogenannten kulturellen Ausgaben, z. B. „Landes-Museum“. Wir sind nicht so kulturfeindlich oder reaktionär, daß wir das ganze Landesmuseum eingehen lassen wollen, aber man kann bei dieser Position nach unserer Auffassung etwas sparen. Es ist heute so, daß man an allen Ecken und Enden sparen muß, und da wird es möglich sein, wenn der Wille da ist, auch bei den Geschäftskosten des Landesmuseums noch gewisse Abstriche zu machen. — Auch beim Landesorchester muß gespart werden. Das Landesorchester ist viel zu teuer für den oldenburgischen Staat. Dann müssen eben die Aufführungen mit etwas weniger Blasinstrumenten auskommen für die Zukunft. (Allgemeine Heiterkeit. — Zwischenruf Abg. Dannemann: Und dann mit weniger Blasinstrumenten um so lauter! — Große Heiterkeit.)

Meine Herren! Nun zur Schulfrage. Wir haben uns gestern in diesem Hause mit dem Kapitel Volksschulen eingehend beschäftigt. Wir sind deshalb eingetreten für die Volksschule, weil sie die Schule für das platte Land ist und werden das auch weiter tun in eiserner Konsequenz, ohne Rücksicht auf das, was man uns hier an den Kopf wirft. Ich habe schon hingewiesen auf das aufgeblähte höhere Schulwesen, das unbedingt abgedrosselt werden muß. Die Schulen auf den

Staat zu übernehmen, das ist ein Weg, den wir nicht mitmachen können. Dann müßten die Grund- und Gebäudesteuer angespannt werden und die Gewerbesteuer, und das machen wir nicht mit. Dann sind wir die Dummen letzten Endes. Es muß eine gewisse Linie gefunden werden, von wo ab diese Aufblähung der höheren Schulen eingesezt hat. Ich bin in diesem Punkte sehr reaktionär, wenn ich sage, daß wir vor dem Kriege ein vernünftiges Maß höherer Schulen gehabt haben, und nun haben wir beantragt, daß bei allen Schulen, die nach dem 1. August 1914 geschaffen bzw. ausgebaut sind, die staatlichen Zuschüsse um 25% gekürzt werden, um die Gemeinden zu zwingen, abzubauen. Damit wollen wir sagen, die guten alten Schulen, die wir gehabt haben, sollen erhalten bleiben und die müssen auch heute noch genügen, um den nötigen Nachwuchs heranzubilden für die Berufe der Intelligenz, wenn ich mal so sagen darf, für die akademischen Berufe. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um hier abzustoppen, da muß die Entwicklung zurückgeschraubt werden, und dadurch haben wir auch schon Geld, Herr Abg. Meyer (Holte), um mal etwas für die Lehrer an einlässigen Schulen auf dem Lande zu tun.

Nun ein heikles Thema „Oberschulkollegien“. Herr Schmidt hat es nach meiner Auffassung vollkommen richtig dargestellt. Es kommt heute auf jede tausend Mark an, und wir müssen in unserem ganzen Verwaltungswesen jeden Leerlauf vermeiden. Deshalb sage ich mir, in unseren beschränkten oldenburgischen Verhältnissen ist es nicht absolut unumgänglich notwendig, daß wir noch zwei Oberschulkollegien unterhalten (Sehr richtig! links.), weil sie nur den Instanzenzug vermehren und keine positive Arbeit schaffen. Von dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit aus sage ich mir, ist es möglich, diese Oberschulkollegien verschwinden zu lassen und das Schulwesen unmittelbar dem Ministerium zu unterstellen, mit je einem Referenten für das evangelische und das katholische Schulwesen. (Unruhe in der Mitte.) Der konfessionelle Charakter wird vollkommen gewahrt. Wir berufen uns dabei auf die Landesverfassung, wo das ausdrücklich verankert ist. § 23 lautet: „Die Einteilung der Volksschulen in evangelische und katholische bleibt bestehen“, und § 24: „Der Religionsunterricht in den katholischen Schulen wird von der katholischen Kirche überwacht.“ Daran wird nicht gerüttelt; wir wollen nur den Instanzenzug verringern, der konfessionelle Charakter soll vollkommen gewahrt bleiben. (Große Unruhe in der Mitte.) Ich sehe schon kommen, daß man alles gegen uns einsezen wird, um zu beweisen, was wir für kulturfeindliche Leute sind. (Zwischenrufe aus der Mitte.) Das muß gehen.

Wir sind hierher gekommen, um sachlich mitzuarbeiten, nicht aus bewußter Opposition. Daß

ich kein Freund des heutigen parlamentarischen Systems bin, hat Herr Abg. Lahmann hier schon zur Kenntnis gebracht. Uebrigens möchte ich Herrn Abg. Lahmann sagen, was ich da in Berne sagte, geht Herrn Lahmann nichts an. (Hört, hört! links.) Unsere Zustimmung zum Voranschlag hängt davon ab, wie man sich zu unseren Anträgen stellt.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röder.

Abg. Röder: Meine Herren! Auch ich werde mich besleißigen, in kurzen Zügen zu dem Etat Stellung zu nehmen und mich nicht in derartigen Volksversammlungsreden ergehen, wie es mein so ungefährer Namensvetter, Kollege Röver, hier gemacht hat. Ich werde sehr oft mit ihm verwechselt im Lande. Auch am Sonntag wurde ich noch mit einem Heilruf begrüßt. (Große Heiterkeit.)

Im allgemeinen Bericht wird zum Ausdruck gebracht, daß ein Anlaß zu einem übertriebenen Pessimismus nicht vorhanden sei. Bei der engen Verbindung, die zwischen Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen besteht und bei der Abhängigkeit der öffentlichen Finanzwirtschaft von der Wirtschaftskonjunktur, wie es auch der Herr Finanzminister gestern hervorhob, dürften doch Zweifel aufkommen, ob in der jetzigen Zeit der Pessimismus überhaupt übertrieben werden kann. Das gilt vor allen Dingen in bezug auf die Tendenz der Rechnungsabschlüsse, auf die der Bericht auch ja mit aller Deutlichkeit hinweist. Während das Rechnungsjahr 1926 und auch das Jahr 1927 noch Ueberschüsse verzeichnen, schließt das Jahr 1928, wie auch schon mehrfach hervorgehoben ist und wie es der Herr Minister schon sagte, mit einem ganz erheblichen Defizit ab, und wenn wir uns das Jahr 1929 vor Augen halten, wird, wenn nicht außerordentlich Bedacht darauf genommen wird, daß die eingesezten Ausgabeposten auch in der Höhe bestehen bleiben, das Defizit für 1929 noch ein wesentlich größeres werden. Angesichts der trüben Verhältnisse, die, wenn keine grundlegenden Aenderungen in der deutschen Steuerpolitik erfolgen, noch eine Steigerung der finanziellen Nöte des Volkes und insbesondere des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes und auch des Hausbesitzes herbeiführen werden, möchte ich nochmals besonders darauf hinweisen, daß eine Defizitwirtschaft im allgemeinen hier nicht Platz greifen darf. Unsere Kreise — und ich sprach eben schon vom Mittelstand und vom Hausbesitz — sind so hoch belastet durch die bisherige Steuerpolitik und sie werden so ungerecht behandelt, daß jede weitere Steuererhöhung, wie sie im Finanzausgleich und auch bei der Hauszinssteuer uns zugemutet wird, von uns unbedingt abgelehnt werden muß. Für sehr bedenklich würden wir es halten, wenn man sich auf den Standpunkt

stellen würde, daß die Begrenzung der Realsteuerzuschläge fallen muß. Sollte dies wirklich kommen, so wird die Erhöhung der Zuschläge genau so von uns bekämpft werden, wie es jetzt im Lande geschieht, und wir werden ebenso darum kämpfen, daß keine Erhöhung, sondern eine Senkung der Realsteuern, wie sie von uns schon vor Jahren von dem derzeitigen Reichsfinanzminister versprochen worden ist, herbeigeführt wird. Eine Senkung der Realsteuern kann natürlich nur eintreten, wenn die Steuerpolitik des Reiches eine andere wird, wenn z. B. alle Kreise nach ihrem Einkommen herangezogen werden und es nicht nur einer gewissen Schicht überlassen wird, Steuern zu zahlen. (Sehr richtig! rechts.)

Wir haben davon Abstand genommen, einen Antrag auf Kürzung des Gesamtansatzes zu stellen, weil eine Aussicht auf Annahme dieses Antrages bestimmt nicht besteht. Aber eins möchten wir mit aller Deutlichkeit und mit allem Ernst zum Ausdruck bringen, daß die Etatsansätze, wie ich eben schon gesagt habe, die Höchstsätze der Ausgaben darstellen. Sind die Ausgaben durch die Ansätze beschränkt, dann wird jede Mehreinnahme des Landes das Defizit verringern. Ich behalte mir vor, zur zweiten Lesung einen dementsprechenden Antrag zu stellen. Aus gleicher Erwägung heraus halte ich es für durchaus selbstverständlich, daß die Fraktionen über das Ergebnis des Etatjahres unterrichtet werden. Wenn Bedenken gegen diesen Antrag geltend gemacht werden, so darf ich darauf hinweisen, daß auch von Seiten der Banken im Laufe des Jahres Zwischenbilanzen herausgegeben werden und auch das Reichsfinanzministerium gibt in regelmäßigen Abständen im Reichsanzeiger Auskunft über die laufenden Einnahmen und Ausgaben des Reiches. Die Frage der öffentlichen Finanzwirtschaft ist in der heutigen schweren Zeit so wichtig, daß der Landtag es nicht damit bewenden lassen sollte, den Voranschlag zu verabschieden, um erst zwei Jahre später von dem Rechnungsergebnis zu erfahren.

Ich wollte mich darauf beschränken, nur unsere allgemeine Stellungnahme zum Etat darzulegen. Es ist ja Gelegenheit gegeben bei Behandlung der einzelnen Anträge des Etats, noch dazu Stellung zu nehmen. Ich kann es mir aber doch nicht versagen, auf einzelne Punkte, die von Seiten der verschiedenen Fraktionsredner zum Ausdruck gebracht sind, einzugehen, und ich möchte auch jetzt schon Gelegenheit nehmen, dem Herrn Minister auf seine gestrigen Ausführungen zu der Realbesteuerung in Preußen zu sagen, daß mir seine Angaben bezüglich der 50 preußischen Städte doch sehr wenig stichhaltig erscheinen. Das kann doch als richtig und stichhaltig nicht so ohne weiteres angesehen werden. Wenn er sagt, daß bei der Durchschnittsberechnung der Realsteuern dieser Städte eine dreifach höhere Gewerbesteuer herauskommt und

eine doppelt so hohe Hauszinssteuer als in Oldenburg, dann haben wir doch andere Unterlagen aus den benachbarten Städten, die doch etwas anderes besagen, und wenn Herr Abg. Schmidt (Zetel) schon sagte, daß vier benachbarte preußische kleinere Gemeinden sich weitaus besser stehen als die oldenburgischen Gemeinden in der friesischen Wehde, dann sollte man meinen, daß diese Zweifel doch wirklich Berechtigung haben.

Ich möchte auch noch auf die Erwerbslosenfrage eingehen. Wir von unserer Partei stehen auf dem Standpunkt, daß die Erwerbslosenfürsorge in der heutigen schweren Zeit nicht entbehrt werden kann. Es darf auf keinen Fall die Erwerbslosenfürsorge verschwinden, aber wir verschließen uns durchaus nicht den Tatsachen, die doch auch von den Reichsministern der Sozialdemokratischen Partei erkannt sind, daß die Erwerbslosenfürsorge als solche sich ausgestaltet hat zu einem Instrument, bei dem jeder darauf bedacht ist, der irgendwie dazu in der Lage ist, diese Erwerbslosenfürsorge bei allen möglichen Gelegenheiten für sich in Anspruch zu nehmen, ob das nun berechtigt ist oder nicht. Ich denke da vor allem an die Inanspruchnahme durch die Arbeitnehmer im Bauhandwerk. Gewiß gebe ich zu, daß durch die Verknappung der Gelder für den Hausbau die Beschäftigung des Bauhandwerks nicht in dem Maße stattfindet wie in der Vorkriegszeit, aber ich bin der Ueberzeugung, daß es unrichtig ist, daß die Arbeiter — denen ich den guten Lohn gönne, weil es jedem Volksgenossen nach meiner Ansicht gut gehen soll —, daß diese selben Kreise, die im Sommer höhere Löhne erhalten auf Grund der ungünstigen Konjunktur im Winter, auch in den vollen Genuß der Erwerbslosenfürsorge kommen wie jeder andere Arbeiter, der in einem anderen Beruf tätig ist. Und wenn Herr Abg. Schömer vorhin sagte, daß auch ein Teil von Arbeitgebern sich an der Arbeitslosenversicherung versündigt, indem sie dazu beitragen, daß Erwerbslosenfürsorge betrieben wird an Leuten, die keinen Anspruch darauf haben, so muß ich sagen, daß wir von den Arbeitsämtern verlangen, daß auch unnachsichtlich eingeschritten wird gegen Arbeitgeber, und ich möchte auch Herrn Schömer als 2. Vorsitzenden des Arbeitsamtes Oldenburg bitten, in diesem Bestreben uns mit an die Hand zu gehen. Wir werden diese Leute unbedingt an den Pranger stellen.

Dann zu dem Kapitel „Berufsschulen“. Gewiß stehen wir vom Handwerk und Gewerbe auf dem Standpunkt, daß als Ergänzung der praktischen Meisterlehre eine Berufsschulbildung ein unbedingt erforderliches in heutiger Zeit ist. Weiterhin verschließen wir uns aber nicht der Tatsache, daß das Berufsschulwesen — und ich beziehe das auch auf das Wohnungsbauwesen, so gern wie wir Beschäftigung haben —, daß die Berufsschulen uns bei den wirtschaftlichen Nöten der Zeit nicht

dazu zwingen dürfen, daß ein sorgfältig aufgestellter Etat durch Mehrbewilligungen erschüttert wird. Das können wir nicht mitmachen, und deswegen haben wir uns entschlossen, Anträgen auf Erhöhung der Zuschüsse für die Berufsschulen nicht zuzustimmen. (Abg. Petters: Hört, hört!) Wir bedauern aber auch, Herr Abg. Petters, daß im Laufe der Jahre die Landeszuwendungen zu den Berufsschulen mehr und mehr nach unten gesenkt worden sind und daß Ihre Fraktion das nicht verhindert hat. (Zuruf Abg. Schömer: Wieder ausgleichen!) Wie sollen wir das ausgleichen auf Grund des vorliegenden Etats? Wenn Sie im Reiche es durchsetzen würden, daß alle Staatsbürger zur Steuerzahlung in Ländern und Gemeinden herangezogen werden, wie wir es wollen, dann würde sich hier auch eine Verständigung finden lassen.

Nun zu dem Kapitel höhere Schulen. So sehr wir uns in der Vorkriegszeit immer gesagt haben, daß dem Tüchtigen freie Bahn geschaffen werden muß, damit auch jemand, der aus den unteren Schichten des Volkes stammt, emporkommen soll und eine besondere und gute Schulbildung in der Vorkriegszeit nicht nur den Reichen zuteil werden sollte, so sehr wir auch jetzt noch dafür sind, so sehr verschließen wir uns nicht der Tatsache, daß durch die Ueberhandnahme des Berechtigungsimmels ein Zustand eingetreten ist, der wahrhaftig zu Bedenken allen Anlaß gibt, ich möchte hoffen und wünschen, daß in dieser Beziehung doch noch einmal Mittel und Wege gefunden werden, die das höhere Schulwesen in der heutigen Form etwas einschränken. Da wird bei den Behörden, die es in der Hand haben, dem Berechtigungsunwesen Einhalt zu tun, noch manches zu machen sein, indem sie die Anstellung von Anwärtern für die Beamtenlaufbahn nicht nach dem Vorliegen übertriebener Berechtigungen abhängig machen.

Meine Herren! Ich behalte mir vor, zu den einzelnen Abschnitten noch Stellung zu nehmen. Im allgemeinen können wir wohl sagen, daß wir im Finanzausschuß sachlich und objektiv mitgearbeitet haben. Wir hätten natürlich bei der Aufstellung des Etats gern gesehen, daß auch die Wünsche des Mittelstandes mehr Berücksichtigung gefunden hätten. Wir hatten aber keine Gelegenheit dazu, unsere Wünsche anzubringen. Ich hoffe, daß uns die Gelegenheit dafür in Zukunft gegeben wird. (Zuruf Abg. Meyer [Holte]: Wenn Sie 10 Mann stark sind!) Herr Meyer (Holte), Sie haben auch noch einen anderen Vorschlag, wenn Sie auch nicht 10 Mann stark sind. Jedenfalls hoffe ich, daß auch wir noch mal in die Lage kommen, um in dem Sinne etwas Nützlicheres des Staates zu sein. (Abg. Röver: Hört, hört!) Herr Röver sagt: Hört, hört! Ich glaube, er wünscht und hofft, auch noch mal der-

jenige im Staate zu werden, der es allein zu sagen hat. (Heiterkeit. — Abg. Röver: Dann bringen wir aber einen eisernen Besen mit! — Große Heiterkeit.) — Das wäre das, was ich zunächst zu sagen habe.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Müller.

Abg. Müller: Meine Herren! Ich werde versuchen, auch zu diesem Etat Stellung zu nehmen, aber von einem anderen Gesichtspunkte aus. Ich werde der einzige sein, der mit Ihnen allen im Widerspruch steht. Wir als Kommunisten sind bekanntlich eine staatsfeindliche, eine staatsverneinende Partei. Als solche werden wir auch behandelt. Wenn es nach dem Brüllen ginge, dann wäre Herr Röver der Gefährlichste. Er hat erklärt, wir wollen verhüten, daß der Bolschewismus kommt. Das ist sein Kennzeichen, was ich immer gesagt habe in den Sitzungen, der Faschismus ist der letzte Ausweg des kapitalistischen Systems, sich noch am Leben zu erhalten und zu verhindern, daß der Kommunismus kommt. Infolgedessen unterstützen Sie ihn alle und sind dankbar, daß er hier so redet und daß er versuchen wird, das Volk vom Bolschewismus abzuwenden. Ob das gelingt, ist eine andere Frage. Herr Röver hat nicht bewiesen, daß dort, wo der Faschismus an das Ruder gekommen ist, er die Not der armen arbeitenden Schichten des Volkes gelindert hat. Schreden ist dort eingezogen und die Not des armen Volkes ist in diesen Ländern größer geworden. Also bitte, Fleisch von Ihrem Fleisch und Blut von Ihrem Blut. Also geändert wird nichts, Herr Röver, wenn Sie das kapitalistische System nicht beseitigen wollen. Sie reden immer von Volksgemeinschaft, genau so wie Herr Schömer von den Interessen des gesamten Volkes redet. Herr Schömer mag sich mit Herrn Röver die Hand reichen, Sie reden beide von Volksgemeinschaft. Das ist auch ein Kennzeichen für beide. Früher sagten die Sozialdemokraten nach Marx: Die Gesellschaft ist in zwei Klassen geteilt, in eine ausbeutende und eine ausgebeutete, und der Staat ist der Unterdrückungsapparat in den Händen der jeweils herrschenden Klasse zur Unterdrückung der beherrschten Klasse. Das war früher die Ansicht der Sozialdemokraten und ist heute unsere Ansicht, die Ansicht der Kommunisten. In dieser Ansicht vom Staat unterscheiden wir uns von allen übrigen Parteien. Heute nimmt die Sozialdemokratie Anteil an dem bürgerlichen, kapitalistischen Staat, der sich in den Händen des Kapitals befindet. Die Sozialdemokraten glauben, es sei nach der Revolution etwas anders geworden, nachdem man die Republik erklärt habe, hätte sich an dem Wesen dieses Staates etwas geändert und deswegen müßten sie mitarbeiten am Staat und im Staat. Die Tatsachen lehren etwas anderes. Der Herr Finanzminister sagt, dieses

Jahr ist ein Notjahr, das nächste Jahr wird es auch noch sein und das übernächste auch. Ich frage Sie alle, die Herren Abgeordneten, wer leidet von Ihnen denn eigentlich Not, können Sie das von sich behaupten, daß Sie Not leiden? Bin ich es vielleicht nicht nur allein, der von Arbeitslosigkeit betroffen ist und Krankheit und Elend durchgemacht hat, der kaum das Notwendigste zum Beißen hat? Oder sind vielleicht noch ein oder zwei mehr anwesend? Alle übrigen sind doch mehr oder weniger gut situiert, haben ihre gute Anstellung, ihr gutes Gehalt und möchten möglichst noch mehr haben. Sie reden alle von der Not des Volkes und vom Notjahr usw. Sie haben aber doch eigentlich keinen Anlaß dazu. Draußen ist die Geschichte genau so. Sie werden mit Ihresgleichen heute ebenso wenig verzichten auf Ihren Wohlstand. Ich habe einen Antrag gestellt, die Beamtenegehälter über 5000 Mark zu streichen, weil ich der Meinung bin, mit 5000 Mark könnte man einigermaßen leben, da hätte man das, was man Existenzminimum nennt. Mehr als satt essen braucht kein Mensch, mehr als anständig wohnen und sich kleiden braucht auch kein Mensch. Da würde es sich zeigen, ob alle diese Leute hier drinnen und draußen, die den Mund bis an die Ohren aufreißen, die Wohltätigkeitsfeste veranstalten, um die Not des Volkes zu lindern, tatsächlich für die Notleidenden sorgen wollen. Wohltätigkeitsfeste! Also stellen Sie sich die Heuchelei vor, man amüsiert sich und will den Ueberschuß den Armen gnädigst zukommen lassen. Man muß sich erst schön amüsieren bei der Not des Volkes. Stellen Sie sich das einmal vor, ob Sie dann noch glauben, daß Sie wirklich die Vertreter des notleidenden Volkes sind und ob Sie eine Berechtigung haben, über die Not des Volkes zu reden. Alle sind Sie über die Erwerbslosen hergefallen, mehr oder weniger, alle, die noch nie erwerbslos waren und noch nie mit den paar Groschen auskommen und darben mußten. Ein Skandal ist es. In der Weser-Zeitung steht es ausdrücklich — Herr Röder, der sich auch Heiner Mann nennt, sagt es auch —, die Saisonarbeiter haben einen hohen Lohn (Zuruf Abg. Röder: Ich war auch erwerbslos!), und infolgedessen können sie im Winter von den übergesparten Geldern leben. Wie es mit dem hohen Lohn aussieht, das brauche ich nicht zu erwähnen. Wenn Sie wiederum alle, die Sie als Vertreter des Volkes hier sitzen, mit diesem hohen Lohn auskommen sollten, dann würde der Landtag einen unübersehbaren Stoß von Eingaben haben wegen Gehaltserhöhung. Sie kommen mit 6 bis 8 Mark pro Tag nicht aus. Dann beantragen Sie noch, daß den höheren Beamten neue Stellenzulagen gewährt werden. Sie wollen sich hinstellen und sagen, daß die Saisonarbeiter hohe Löhne verdienen. Wir haben in Oldenburg Ende Mai,

wo eigentlich die Arbeiter restlos beschäftigt sein sollten, über 80 erwerbslose Maurer und 160 erwerbslose Bauhilfsarbeiter, die in der Organisation erfasst sind. Dann sind auch noch unorganisierte da. Es ist bereits eine ganze Reihe abgereist, die gar keine Aussicht hatten, hier noch Arbeit zu bekommen. Ob diese Erwerbslosen im Laufe des Sommers überhaupt Arbeit bekommen werden, ist ungewiß. Nun kommen diese Herrschaften hier, die das so nachreden, weil es in der Zeitung steht: Die Löhne sind außerordentlich hoch und die können im Winter von den Ersparnissen leben. Wenn Sie aber das Jahreseinkommen nehmen, dann werden Sie sehen, daß es so gering ist, daß man buchstäblich dabei hungern muß. Wenn man dann weiter sagt, die Ungerechtigkeiten müssen beseitigt werden, dann ist das eine Verhöhnung der Erwerbslosen, weil man noch nicht nötig hatte, mit diesen paar Bettelpfennigen, die die Arbeiter durch eigene Beiträge aufgebracht haben, zu leben. So ist es bei allen Punkten in dem heutigen Staat. Für Polizei, Militär, Justiz, muß viel mehr ausgegeben werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit für Sie. Man läßt die Not der armen Volksschichten groß werden, infolgedessen kommen sie mit den Gesetzen in Konflikt und die Folge ist die Erhöhung der Kosten für Polizei, Justiz, Militär usw., um die Proleten zur Reson zu bringen und in Zuchthäuser zu bringen. Man faßt das Uebel nicht an der Wurzel an, indem man die soziale Lage hebt. Nein, man will die Not mit dem Gummiknüppel beseitigen. Hier können sich die Sozialdemokraten und die Faschisten wieder die Hand reichen, denn Herr Förbiel in Berlin kann es besser, als es die Faschisten können, auf die hungrigen Arbeiter loszugehen, mit brutalen Mitteln alles niederzuschlagen. (Zuruf: Siehe Rußland, wo alles verhungert!) Ich habe das neulich mitgemacht in Bremen, wo die Polizei losgelassen wurde. Auch dort ist es Herr Deichmann, der sozialdemokratische Polizeisenator. Dann kommen Sie immer mit dem Ausweg „Rußland“. Jawohl, in Rußland haben wir das nicht zu verzeichnen, was wir in Deutschland haben. Rußland zahlt nicht an die Entente und sagt nicht, so und soviel Reparationen wollen wir bezahlen auf Kosten der Arbeiter. Ich glaube, Rußland benimmt sich nicht so ungebührlich wie unsere kapitalistische Regierung im Auslande. Auf was stützt sich Rußland, wenn ich ein paar Worte dazu sagen soll. Es ist immer so, wenn wir unsere Anklagen vorbringen, wenn wir über das Leid der deutschen Arbeiterklasse sprechen, und wenn wir die Sozialdemokratie angreifen, diese kleinbürgerliche Partei innerhalb des kapitalistischen Staates, und ihre arbeiterfeindliche Politik genau so wie die der übrigen Parteien, dann haben Sie keinen anderen Ausweg als „Rußland“, oder dann kommen sie mit dem Mähchen und sagen:

Thälmann hat Hunderttausende verschlänmt auf der Rennbahn mit Weibern. Aber wenn man sagt, Sie sollen Beweise bringen, dann sagen Sie: Das haben wir nur gehört. Sogar Anhänger Ihrer eigenen Partei und auch Anhänger Ihrer gewerkschaftlichen Organisation, die in Rußland waren, haben etwas anderes mitgeteilt und Ihnen allen wird bekannt sein, daß eine ganze Reihe Rußland-Delegierter, die 25 Jahre Mitglied der S. P. D. waren, ausgeschlossen wurden, weil sie über Rußland etwas anderes erzählt haben, als die S. P. D. hören wollte. Das ist eine Selbstverständlichkeit für uns, wir brauchen hier nur die nationale Einheitsfront gegen Sowjet-Rußland zu betrachten, dann weiß man, wo der Feind des kapitalistischen Systems liegt, ob in Italien, im Faschistenland, oder im bolschewistischen Rußland. Wenn der Faschismus der Feind wäre, dann würden sich die übrigen kapitalistischen Staaten auf Italien stürzen und dort eine andere Staatsform einführen. Aber diese arbeiten Hand in Hand. Auch Italien steht mit in der Einheitsfront gegen Rußland, ebenso Deutschland hat sich eingereiht. Also muß doch in Rußland etwas sein, was dem kapitalistischen System gefährlich ist. Wir sehen es auch in unserem Oldenburger „Ländle“, daß man auch hier nicht etwa die Faschisten verbietet, die auf offener Landstraße Automobilüberfälle machen, die diesen Staat beschimpfen nach Strich und Faden; aber die Organisation der Arbeiter, der Rotfrontkämpferbund, mußte auch in Oldenburg verboten werden. Wenn Sie die Begründung lesen werden, dann werden Sie sehen, wie man die Geschichte an den Haaren herbeigezogen hat. Hier ist nichts passiert, aber, weil Berlin das verlangt, deshalb muß auch hier diese Organisation verboten werden, die „staatsfeindlich“ ist, wenn sie sich auch ganz anständig benimmt, wie Sie alle zugeben müssen. Sie muß unterdrückt werden, damit die Propaganda nicht in die Arbeiterklasse hineindringt, damit die Proleten sich nicht anschließen können. Man hört nach Berlin und fragt nicht, ob hier ein Grund besteht, der das Verbot rechtfertigt. So ist es auf der ganzen Linie. So verhält es sich auch mit dem Etat. Sie wollen uns weismachen, daß diese Krise behoben werden könnte und daß es nicht so schlimm sei. Die über 20 Millionen Mark Schulden müssen doch verzinst werden, und zwar außerordentlich hoch. Wenn wir diese Zinsen rechnen, dann bedeutet das schon eine außerordentliche Ausplünderung des Volkes, wenn Sie nicht die tragfähigen Schultern belasten wollen und können. Weil der Staat die Maschine zur Unterdrückung der arbeitenden Klasse ist, können Sie auch nicht dort Geld nehmen, wo es vorhanden ist und dort Steuern nehmen, wo sie bezahlt werden können. Daher müssen Sie dort abbauen, wo man es sich am ersten gefallen läßt, bei den Volksschulen, der Fürsorge usw. Es

wird zwar gesagt, da ist ja nichts gestrichen, auch nicht bei der sozialen Fürsorge; aber die Not ist doch viel größer geworden und infolgedessen ist in Wirklichkeit doch außerordentlich viel gestrichen. Wenn die Not größer wird und der Etat bleibt derselbe, dann bedeutet das doch, daß viel weniger zur Verfügung steht. Die Erwerbslosen hatten eine Eingabe an den Landtag gerichtet, was der Landtag zu tun gedenkt für die Behebung der Not der Erwerbslosen, Notstandsarbeiten, Arbeitsbeschaffung und Erhöhung der Unterstützungssätze für Ausgesteuerte. Der Antrag war unterzeichnet von Zimmermann. Der Ausschuß hat dazu Stellung genommen und gesagt: Ein arbeitsloser Zimmermann wendet sich an den Landtag. Nein, das war die Stimme der gesamten Erwerbslosen des Landesteils Oldenburg, der Erwerbslosenausschuß des Landesteils Oldenburg, gezeichnet Zimmermann. Aber nun hat man das so schön hingedreht und sagt: „Der erwerbslose Arbeiter Zimmermann hat die Eingabe an den Landtag gerichtet. Durch die Notstandsarbeiten ist die Sache erledigt. Im übrigen ist die Sache der Erwerbslosen Angelegenheit des Reiches.“ Hier, wo wirklich die Not außerordentlich groß war, ein paar hunderttausend Mark für 10—15 000 Erwerbslose, das ist doch so gut wie nichts, da bekommt jeder ein paar Mark. Da werden einige 100 beschäftigt und die übrigen gehen mit hungrigem Magen umher. Es bleibt alles beim alten, Hunger und Elend werden stabilisiert. Ich glaube, es war Herr Wempe, der sagte: Gott sei Dank, daß so etwas bei uns nicht existiert wie im Emslande. Ja, meine Herren, wenn Sie nach Osnabrück heruntergefahren sind, werden Sie gesehen haben, daß eine Reihe Eisenbahnwagen mitten im Moor stehen, man nennt die Gegend Groß-Görlitzdorf. Es wohnen darin kinderreiche Familien, die aus den Kasernen ausquartiert sind, weil sie die Mieten nicht bezahlen konnten. Man hat im Winter die Familien wegbringen müssen, weil sie halb erfroren waren. Nun sagt Herr Wempe, Gott sei Dank, so elende Wohnungsverhältnisse gibt es hier nicht mehr. Wollen Sie das beantworten? Wollen Sie beantworten, daß wir über 60 000 Mark für die Seefahrtschule ausgeben, die nur 4000 Mark einbringt? Ein großer Lehrerstab wird gehalten für ein paar Schüler. Diese können genau so gut nach Bremen gehen. Es besteht kein Grund, daß diese Schule aufrecht erhalten wird. Hier will man das viele Geld ausgeben, aber Eisenbahnwagen dienen als Wohnungen für die Proleten. Das ist ja der Ausschuß der Menschheit, das sind die Millionen, die zu viel sind, die keiner wieder in den Produktionsbetrieb hineinbringt. Es werden noch mehr Arbeiter entlassen, noch mehr Betriebe stillgelegt. Wenn gesagt wird, auch gegen Unternehmer soll vorgegangen werden bei Betriebsstillegungen, so tun



Sie das ja doch nicht. Der Staat, zu dem Sie alle gehören, kann doch gegen sich selbst nicht vorgehen und gegen seine eigenen Klassen- und Standesgenossen. So ist die Geschichte hier. Bei den Erwerbslosen gibt es keine Erleichterungen, keine Verbesserungen der Lage, keine Mehrzuwendungen für die Fürsorge und Wohlfahrt, im Gegenteil, Verschlechterungen. Sie machen sich alle mit-schuldig, der eine mehr, der andere weniger. Die Volksschule muß auch abgebaut werden, es müssen Klassen zusammengelegt werden. Das ist auch eine Selbstverständlichkeit. Man fängt wieder nicht bei den höheren Schulen, bei den Studien-räten an, sondern bei den Volksschulen. Für Sie ist selbstverständlich, daß ein Studiendirektor oder Minister nicht abgebaut werden kann, weil Sie an dem System nichts ändern wollen. (Zuruf: Es ist 1 Uhr!) Es sind eine Reihe von Anträgen gestellt worden, die zwar kleine Verbesserungen bedeuten, aber das ganze nicht ändern. Es wird der Etat angenommen oder wird nicht angenommen, es wird im wesentlichen gleichgültig sein, die neue Regierung, die kommen wird, die wird auch nicht anders sein; und wenn Sie den Landtag auflösen, so wird auch nicht viel anderes herauskommen, es werden vielleicht noch etwas mehr Splitterpar-teien hineinkommen und werden auch diesen Etat annehmen. Wir können das nicht, weil unsere Wünsche nicht befriedigt sind. Alles das, was wir wollen für die besitzlose Masse des Volkes, wird abgelehnt. Es ist nicht so, wie Herr Meyer (Holte) sagt, die Bauern sind die maßgebende Klasse und vergift die übrigen Volksschichten. Wir könnten sagen: Wenn der Arbeiter gute Löhne hat, kann er viel Geld ausgeben und alles kaufen. Hier hängt eins von dem anderen ab. Man soll nicht Gegensätze konstruieren und sagen, daß nur landwirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen. Es kann möglich sein, daß die Landwirtschaft durch hohe Zölle, durch hohe Preise, sich vielleicht vor-übergehend besser steht, aber in dem Augenblick, wo die Landwirtschaft die Waren nicht absetzen kann, wird sie zugeben müssen, daß es doch falsch war, durch Erhöhung der Zölle die Lebensmittel zu verteuern. Die Lebenslage der arbeitenden Masse in Stadt und Land wird noch verschlechtert. Also fort mit den Zöllen auf Lebensmittel.

Zum Oberschulkollegium muß ich noch ein Wort sagen. Da trennen wir uns wieder von allen übrigen Parteien. Wir sagen: Vollkommene Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Religion ist Opium für das Volk. Sie können das wiederum nicht anerkennen. Wenn die Religion so etwas wäre, was die Men-schen unbedingt brauchten, dann würde die Reli-gion keinen staatlichen Schutz gebrauchen und auch keine staatlichen Gelder, dann würden die Men-schen aus eigener Kraft und eigener Anschauung zur Religion halten. Es ist gar kein Kunststück,

eine Religionsgemeinschaft mit staatlichen Mitteln zu unterstützen und eine große Aufsichtsbehörde im Ministerium hinzustellen, damit wirklich keinem Schäfchen ein Haar gekrümmt wird, nur wenn man alle möglichen Mittel zur Verfügung hat, dann kann man das machen. Entziehen Sie der Kirche die Mittel und lassen Sie den Menschen eine Religion haben, die er will, dann werden Sie sehen, daß doch vieles faul ist. Sie werden sehen, daß die Leute mit der Religion nichts zu tun haben wollen. — Christliche Nächstenliebe predigen Sie. Da heißt es: Wenn du 2 Röde hast, gebe dem einen, der keinen hat. Nun jage ich, geben Sie von Ihren 10 000 Mark 5000 Mark ab denen, die nichts haben. Aber dann ist es mit dem Christentum vorbei, dann müssen Sie das Geld für sich behalten und der andere muß sehen, daß er fertig wird. Das hat alles einen Haken. In dem Augenblick, wo man die staat-liche Unterstützung in finanzieller Beziehung und die Aufsicht fallen läßt, wird es außerordentlich faul mit der Geschichte stehen. Dann werden noch viel mehr Leute der Kirche den Rücken kehren. Die Kirche hat doch ungeheure Mittel und Reich-tümer, daß sie keine Unterstützung braucht. — Den Nationalsozialisten möchte ich sagen: Mussolini hat sich auch mit dem Papst befreundet, darum können Sie sich auch mit dem Zentrum befreun-den. Er hat dem Papst wieder 100 Millionen zur Verfügung gestellt und hat ein enges Bünd-nis geschlossen. Wenn man aber alles bei Lichte beseht, kommt etwas anderes heraus.

Ich möchte nur betonen, daß ich dem Vor-an-schlag nicht zustimmen kann, weil die Wünsche der Arbeiterklasse nicht befriedigt sind, weil auch in keiner Beziehung den Bedürfnissen der armen Bevölkerungsschichten, zu denen ich gehöre, Rech-nung getragen wird. Es bleibt alles beim alten, oben zahlt man große Gehälter und unten will man streichen. Aus all diesen Gründen lehne ich grundsätzlich den Etat ab.

Präsident: Ich weise jetzt darauf hin, daß sämt-liche Parteien zu Wort gekommen sind mit Aus-nahme des Völkisch-Nationalen Blocks. (Zuruf Abg. Lehmkühl: Ich danke!)

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Minister Dr. Willers: Meine Herren! Ich möchte zu verschiedenen Einzelheiten Stellung nehmen, die die Herren Abgeordneten hier vor-gebracht haben.

Zunächst hat Herr Abg. Wempe darauf hin-gewiesen, daß die Abstriche in dem Etat für 1929 sehr erheblich wären. Meine Herren, das ist doch wohl in dem Umfange nicht der Fall, wie es der Herr Abg. Wempe schilderte. Ich habe gestern erwähnt, daß 70 000 R.M. Abstriche erfolgt seien, andererseits aber auch Mehrausgaben in



Höhe von 380 000 *R.M.* und von diesen 380 000 *R.M.* betrifft die Hälfte wieder kulturelle Ausgaben, die andere Hälfte Vermehrung der Polizeilasten. — Sodann hat Herr Abg. Wempe darauf hingewiesen, daß für die Wassermeliorationen mehr getan werden müßte und auch hier im Laufe der Zeit Abstriche erfolgt seien. Ich möchte feststellen, daß wir in der Vorkriegszeit die Zuschüsse für Wassermeliorationen nicht kannten, sondern daß dies eine Position ist, die wir erst nach dem Kriege eingeführt haben. — Sodann hat Herr Abg. Wempe erwähnt, daß für die höheren Schulen mehr getan werden müßte. Demgegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, wie ich das bereits im Vorjahre schon einmal getan habe, daß wir in Oldenburg im Verhältnis zu Preußen mehr staatliche höhere Schulen haben und daß wir auch im Verhältnis zu Preußen mehr Zuschüsse zu den höheren Schulen der Gemeinden geben. Bezüglich der Volksschulen möchte ich darauf hinweisen, daß auch hier, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, wir mehr Volksschullehrer haben als in Preußen. Das ist auch eine Tatsache, von der dem Landtage auch bereits einmal Mitteilung gemacht worden ist.

Dann zu den Ausführungen des Herrn Abg. Schmidt. Herr Abg. Schmidt bemängelte, daß ich die Schulden anderer Länder genannt hätte, da doch im Zusammenhang hiermit Vergleiche schwer angestellt werden könnten. Herr Abg. Schmidt hat insofern recht, als er sagt, daß ich hiermit nur ein Stimmungsbild geben wollte. Ich gebe zu, daß ich einen schlüssigen Vergleich nicht anstellen wollte. So ohne weiteres ist der Vergleich auch gar nicht möglich. Ich habe ganz besonders auch nicht bei den Schulden Sachsens eine Verschuldung Sachsens konstruieren wollen; ich habe lediglich die Schulden der einzelnen Länder nebeneinandergestellt und komme dann meiner Ansicht nach zu dem Ergebnis, daß von einer Ueberschuldung Oldenburgs gegenüber diesen Ländern nicht geredet werden kann. — Es liegt auch weiter ein Mißverständnis vor zwischen Herrn Abg. Schmidt und mir; die Notrufe der Städte, die ich gelesen habe, beschäftigen sich nicht mit Eingemeindungen, sondern nur mit dem Finanzausgleich. — Dann hat Herr Abg. Schmidt die steuerliche Belastung der Landgemeinden Preußens und Oldenburgs gegenübergestellt. Ich habe gestern in erster Linie der Städte Erwähnung getan. Ich habe geglaubt, feststellen zu müssen, daß die preußischen Städte erheblich höher belastet sind, keineswegs nur die Industriestädte, sondern ganz allgemein, in Pommern usw., auch hannoversche Städte. Es ist auch nicht ganz richtig, meine Herren, daß die preußischen Landgemeinden weniger belastet sind als die oldenburgischen. Auch hierüber haben wir im Finanzausschuß im vorigen Jahre oder im vorvorigen Jahre eingehend be-

raten und festgestellt, daß die preußischen und oldenburgischen Landgemeinden unter Hinzurechnung der Hauszinssteuer etwa gleichmäßig mit Preußen belastet waren, und ganz besonders hat Herr Abg. Meyer (Holte) bestätigt, daß das richtig gewesen sei; seine Berechnungen, die er privatim angestellt habe, hätten dasselbe Resultat gehabt. — Herr Abg. Schmidt hat ferner auf die Position „Bauarbeiten im Gebiete der Deichordnung“ hingewiesen, die nicht nur um 20 000 *R.M.*, sondern von 150 000 *R.M.* auf 94 900 *R.M.* ermäßigt sei. Ich habe gestern lediglich die Steinbant gemeint, für die von 50 000 *R.M.* = 20 000 *R.M.* abgestrichen sind.

Herr Abg. Röder hat dann regelmäßige Uebersichten über die Einnahmen und Ausgaben des laufenden Rechnungsjahres gewünscht. Es werden bereits solche Finanzstatistiken auf Veranlassung des Reiches angefertigt. Ich habe die Finanzstatistik etwas kürzer fassen lassen, um zu sparen, weil ich mir von dieser Finanzstatistik nichts verspreche; denn es kann sich kein Nichteingeweihter darin zurechtfinden. Ich glaube, daß das, was Herr Abg. Röder will, nur Kosten verursacht und daß es dann auch noch nichts nützt, sondern daß dann noch wieder eine Aussprache darüber gepflogen werden müßte darüber, was die Zahlen zu bedeuten haben.

Was die von Herrn Abg. Röder angezweifelten Gewerbesteuer-Prozentsätze in Preußen und Oldenburg betrifft, so sind sie errechnet auf Grund von Material, das ich vom Städtebund bekommen habe aus der allerletzten Zeit. Ich habe mit diesen Zahlen nur beweisen wollen, daß unser Finanzausgleich doch nicht so schlecht sein könne, wenn wir in unseren Gemeinden mit geringeren Steuern auskommen können.

Die Herren Redner haben dann zum Teil, besonders Herr Abg. Schömer, hervorgehoben, daß Oldenburg kulturell nicht genügend täte. Einzelheiten sind von den meisten Herren nicht genannt worden, sondern es wurde nur allgemein die Behauptung aufgestellt, Oldenburg täte nicht genügend. Meine Herren, ich möchte doch einmal in Kürze mitteilen, was Oldenburg alles bereits geleistet hat seit 1924. Ich habe das auch hervorgehoben gelegentlich der Tagung des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts Niedersachsen. Da ist zuerst der Küstkanal, der uns 6 Millionen gekostet hat. Ist dies nicht auch eine Aufgabe, die für große Teile der Allgemeinheit von Vorteil ist? Wird nicht u. a. unzähligen kleinen Leuten das Brot dadurch gesichert, indem sie sich ansiedeln können? — Ferner die staatlichen Zuschüsse zu den Straßenbauten, für die von 1924 ab 1 229 000 *R.M.* ausgegeben sind. An staatlichen Zuschüssen zu der Regulierung der Haase- und Emsgewässer sowie der Soeste sind bis 1928 = 125 000 *R.M.* gezahlt. Die Eindeichung



auf Wangerooze kostete 360 000 *R.M.*, die Eindeichung bei Fedderwarden 1 Million, die Eindeichung bei Petershörne-Dangast = 166 000 *R.M.*. Die Talsperre Thülsfelde kostete 1 650 000 *R.M.*, das Wasserkraftwerk an der oberen Hunte = 440 000 *R.M.*. Dazu sind Zuschüsse an eine Reihe von Kommunen gezahlt für produktive Notstandsarbeiten in Höhe von 681 000 *R.M.*. Insgesamt sind also seit 1924 = 12 231 000 *R.M.* für große kulturelle Zwecke ausgegeben worden, und da möchte ich doch einmal die Frage an Sie stellen: Wieviel soll denn noch ausgegeben werden, um auch vom oldenburgischen Landtag die Anerkennung zu bekommen, daß Oldenburg auf kulturellem Gebiete genug tut?

Es ist dann auf die Gemeinden verwiesen und in diesem Zusammenhang darauf, daß der oldenburgische Staat auf Kosten der Gemeinden lebe. Es ist eins richtig, daß wir vor 3 bis 4 Jahren die Zuschüsse zu den Berufsschulen günstiger geregelt hatten, als es heute der Fall ist. Meine Herren, das läßt sich aber nicht für alle Zeiten aufrechterhalten, was einmal gemacht ist. Wir vergleichen uns immer mit Preußen. Preußen gewährt für 906 000 Berufsschüler je 20 *R.M.*, das sind zusammen 18 120 000 *R.M.*, dazu für Handelsschulen und höhere Handelsschulen $\frac{1}{12}$ der Kosten der Lehrkräfte, sind zusammen 18 850 000 *R.M.*. Oldenburg würde nach gleichen Grundsätzen aufwenden müssen für etwa 10 000 Berufsschüler je 20 *R.M.* = 200 000 *R.M.* und $\frac{1}{12}$ der Kosten der Lehrkräfte an Handelsschulen und höheren Handelsschulen etwa 5000 *R.M.* = zusammen 205 000 *R.M.*. Der Unterschied beträgt also ganze 40 000 *R.M.*, um die sich hier ewig der Streit dreht. — Wenn dann bemängelt ist, daß das Normalschulgeld auf 18 *R.M.* gesetzt sei, so bedeutet das doch keine Belastung der Lehrerherren oder Schüler. Das ist doch nur das Normalschulgeld. Ich bin gern bereit, es bei 12 *R.M.* wie bisher sein Bewenden zu lassen.

Meine Herren, der Kernpunkt des Finanzausgleichs ist die Frage der staatlichen Zuschüsse zu den Volksschullehrerlasten. Auch hier beruft man sich immer auf Preußen. Lassen wir doch mal nicht einen Oldenburger sprechen, sondern einen Preußen.

In der Zeitschrift des Reichsstädtebundes wird von einem preußischen Kenner ausgeführt:

„Die Klagen der Gemeinden über die Schullasten werden so oft als übertrieben abgetan mit der Behauptung, der Staat Preußen trage ja $\frac{3}{4}$ der gesamten persönlichen Schullasten. Die dies sagen, erzählen ein Märchen, von dem man allerdings wünscht, daß es bald einmal Tatsache werde.“

Die Art der Aufbringung und die Verteilung der persönlichen Schullasten zwischen Staat und Gemeinde ist in Wirklichkeit in Preußen folgende:

Die persönlichen Volksschullasten werden von der Landesschulkasse getragen, zu der die Gemeinden zwangsmäßig zusammengeschlossen sind. Die von der Landesschulkasse benötigten Mittel werden vom Staat und den Gemeinden aufgebracht. Der Staat zahlt an die Kasse einen Betrag in Höhe von einem Viertel der Gehälter und Ruhegehälter, der Normalstellen, d. h. derjenigen Schulstellen, die in einem Schulverband für durchschnittlich je 60 Schulkinder erforderlich sind.

Schultechnisch notwendige Lehrerstellen werden durch die Rechenmethode des Staates finanztechnisch zu Luxusstellen, werden „Mehrstellen“, deren Lasten die Gemeinden allein tragen. In den durch die Aufstellung erfassen hessen-nassauischen Städten sind auf diese Weise von 434 vorhandenen Lehrpersonen 143, das sind rund ein Drittel, Inhaber von „Mehrstellen“. In Gesamt-Preußen machen diese Mehrstellen über $\frac{1}{4}$ der vorhandenen Schulstellen aus.

So verschiebt sich auch das Verhältnis der Leistungen von Staat und Gemeinde zu den persönlichen Volksschullasten zu Ungunsten der Gemeinden. Tatsächlich betrug im Jahre 1925 die Gesamtleistung des Staates zu den persönlichen Volksschullasten 330 000 000 *R.M.*, die der Gemeinden 241 000 000 *R.M.*; der Staat trug also 57,8%, die Gemeinden 42,2% der persönlichen Volksschullasten.“

Meine Herren, wenn ich diese Ausführungen zugrunde lege, so komme ich für Oldenburg zu folgendem Ergebnis:

Die Dienstbezüge der aktiven Volksschullehrer betragen im Landesteil Oldenburg	7 981 000 <i>R.M.</i>
Hierzu kommen die Kosten der Vertretungen, die Umzugskosten und Wartegelder, wodurch sich ein Grundbetrag von	8 822 000 <i>R.M.</i>
ergibt.	

Hiervon entfallen auf den Staat:

Zuschüsse zu den Lehrerbefolgungen	1 700 000 <i>R.M.</i>
Kosten der Vertretungen	64 000 <i>R.M.</i>
Umzugskosten	21 000 <i>R.M.</i>
Wartegelder	1 548 000 <i>R.M.</i>
zusammen =	3 333 000 <i>R.M.</i>

Wir müssen hier hinzurechnen die Beträge, die wir auf Grund des Finanzausgleichs bezüglich der Ueberweisungssteuern mehr geben als Preußen. Eingeschlossen die 5% Umsatzsteuer, die wir mehr geben als Preußen, ergibt sich insgesamt ein Mehr von 1 873 000 *R.M.* gegenüber Preußen. Wenn man dieses Mehr hinzuzählt, so kommt man zu einem Gesamtaufwand des Staates an persönlichen Schullasten von 5 206 000 *R.M.*, während die restlichen

3 616 000 *R.M.* von den Gemeinden getragen werden. An der Gesamtlast sind demnach beteiligt, der Staat Oldenburg mit 59%, die Gemeinden mit 41%, hier also 1,2% mehr als in Preußen, und wenn Sie sich das ausrechnen, was diese 1,2% ausmachen, dann könnten Sie die Berufsschulen nach preußischem Muster behandeln und behalten dann noch etwas übrig, womit der eine odere andere Ausgleich noch vorgenommen werden könnte. Ich habe diese Zahlen in irgendeiner Form wenigstens bereits 3—4mal im Landtage vorgebracht; ich habe sie in Plenarsitzungen und in den Sitzungen des Finanz- und Verwaltungsausschusses auseinandergesetzt und muß mich wundern, daß stets Ihrerseits wiederholt wird, für Volksschullehrerlasten und Berufsschulen täte der oldenburgische Staat nicht genug. Ich möchte Sie wirklich bitten, einmal der Angelegenheit im Verwaltungsausschuß oder Finanzausschuß näher zu treten. Das Material steht Ihnen jederzeit zur Verfügung und hat zur Verfügung gestanden. Meine Herren, ich glaube, Sie brauchen doch keine Furcht zu haben, selbst wenn meine Zahlen richtig sind. (Zuruf von links: Es gibt in Preußen keine Stadt, die nichts bekommt!) Ja, überzeugen Sie sich.

Für den Wohnungsbau täte der oldenburgische Staat nichts, wird immer gesagt. Im Landesteil Oldenburg werden für Staat und Gemeinden 4 440 000 *R.M.* Hauszinssteuer gehoben. Wie würde sich Preußen bezüglich Verwendung zu diesen 4 440 000 *R.M.* verhalten? Preußen würde über diesen Betrag gemäß seinem Finanzausgleichsgesetz wie folgt weiter verfügen: Von der einen Hälfte würde der preußische Staat den Gemeinden $\frac{7}{10} = 1 554 000$ *R.M.* zur Verfügung stellen, und zwar zweckgebunden zur Verausgabung als Baudarlehen. Diese Zweckgebundenheit haben wir in Oldenburg nicht. (Zwischenruf Abg. Frerichs: Leider nicht!) Von dieser Tatsache dürfen Sie aber nicht ausgehen, um die Finanzen des Staates und besonders seine Zuschulpflichten einer ungünstigen Kritik zu unterziehen. Die letzten $\frac{3}{10} = 666 000$ *R.M.* würde der preußische Staat selbst als Baudarlehen geben. Von der zweiten Hälfte würde Preußen $\frac{1}{3} = 740 000$ *R.M.* für allgemeine Finanzzwecke überweisen und würde selbst $\frac{2}{3} = 1 480 000$ *R.M.* behalten, mit anderen Worten: Der preußische Staat würde von der gesamten oldenburgischen Hauszinssteuer 1 554 000 *R.M.* für sich behalten und 666 000 *R.M.* nur wieder als Baudarlehen ausgeben. Es läßt sich darüber streiten, ob es nicht besser ist, das preußische System einzuführen und 666 000 *R.M.* als Baudarlehen ausgeben.

Dann zu unseren Landeschulden. Im Finanzausschuß ist die eine Frage von der Regierung nicht genügend beantwortet worden. Es ist gefragt worden, welche Schulden hatte Oldenburg

vor dem Kriege. Wir hatten an Zinsen und Abtragungen zu leisten

im Haushaltsjahr 1913	3 422 000 <i>R.M.</i> ,
davon kamen aus der Eisenbahnbetriebskasse an Zinsen und Abtragungen wieder herein	2 837 000 <i>R.M.</i> ,
so daß an Zinsen und Abtragungen verblieben	585 000 <i>R.M.</i> ,

die vom Landesteil zu tragen waren. Darin war ein Abtrag von 69 000 *R.M.* enthalten, so daß die Zinsenlast 516 000 *R.M.* betrug, die der oldenburgische Staat damals hat tragen müssen. Das entspricht bei $3\frac{3}{4}\%$ etwa 16 200 000 *R.M.* Ein Vergleich mit heute ist schwer möglich, das gebe ich vollständig zu. Damals haben wir die besonderen Einkünfte aus den Eisenbahnen gehabt, die wir heute nicht mehr haben.

Immerhin wollte ich der Vollständigkeit halber dies zur Kenntnis bringen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lahmann.

Abg. Lahmann: Meine Herren! Ich will mich kurz fassen, möchte aber doch einmal eine Frage anschneiden, die hier noch nicht berührt worden ist: Was soll aus Oldenburg werden und aus seiner Eigenstaatlichkeit? Ich bin nicht der Mann, der hier einen Antrag stellen will auf Aufhebung der Eigenstaatlichkeit Oldenburgs. Ich weiß, daß das von heute auf morgen nicht geht, aber andererseits kann ich mich auch nicht dessen verschließen, was jenseits unserer Grenze geschieht, der Grenze nach Osten hin. Wenn wir einen Schritt bei Heidkrug über die Grenze gehen, sind wir in Bremen, und es ist bekannt, daß Bremen im Gegensatz zum vorigen Jahre oder vor 2 Jahren in diesem Jahre jetzt ganz anders denkt und aus seiner Exklusivität herausgetreten ist, wenn man mal so sagen darf. Sie dürften auch wissen, daß im Provinziallandtag in Hannover vor 3 Wochen ganz ausgiebig darüber gesprochen worden ist. Der Herr Oberbürgermeister Delius aus Wesermünde hat das Thema da nach allen Seiten hin beleuchtet, immer aber vom Standpunkt der Unterweser aus, und ich darf hier auch wohl sagen, daß Industrie- und Handelsreise an der Unterweser darüber ganz anders denken, als vor 2 Jahren in der Oldenburgischen Handelskammer darüber gesprochen worden ist. Sie wissen ferner auch viel besser als ich, daß in Hannover ein großer Bund besteht — ich glaube, er nennt sich Niedersachsen —, der in diesem Jahre ganz rührig ist und mit Bremen verhandelt. Ich will nicht darüber sprechen, ob die Ziele berechtigt sind oder nicht, aber ich halte mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, gerade im Interesse derjenigen Leute, die wirtschaftlich denken und Realpolitik treiben, daß dieser Bund ganz intensiv arbeitet mit Bremen



— von dem ich schon sagte, daß es geneigt ist, der Frage des Einheitsstaates näher zu treten im Gegensatz von vor 2 Jahren —, daß der Vorstand dieses Bundes in Wesermünde gewesen ist, daß man mit Bremerhaven verhandelt hat usw. Ich sage ausdrücklich, daß so etwas nicht von heute auf morgen kommt. Und ich darf hier wohl sagen, daß einer der größten Verfechter der Eigenstaatlichkeit im Hause, Herr Meyer (Holte), über diese Sache heute auch ganz anders denkt (Abg. Sante: Hört, hört!), wie überhaupt jeder, der anfängt, darüber nachzudenken, wie die Dinge sind.

Ich möchte nur den Wunsch aussprechen und glaube, daß es richtig ist — ich will das Haus nicht länger aufhalten —, daß die Staatsregierung in der Frage sich betätigt, die Verbindungen mit all diesen Personen und Bünden und Städten usw. jenseits der Grenzen aufzunehmen, damit wir bei dieser Frage, die doch bald an uns herantreten wird, im Bilde sind und überall unsere Hände mit im Spiele haben.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Brodek.

Abg. Brodek: Meine Herren! Ich kann zu den Ausführungen des Herrn Röver ihm die Erklärung abgeben, daß wir uns mit Herrn Röver nicht über Diktatur, Vaterland und Marxismus unterhalten werden, denn unterhalten und streiten kann man sich nur mit ernst zu nehmenden Menschen. Im übrigen glaube ich, wird es zweckmäßig sein, daß man im Finanzausschuß eventuell erwägt, ob man nicht die Finanzlage des Staates bessern könnte, wenn man bei solchen Vorkommnissen wie heute Tribünenarten zu einem gewissen Preise ausgeben würde. Dann werden die Finanzen des Staates etwas gebessert werden. Im übrigen auf den Ton und das ganze Gebaren einzugehen, entspricht nicht den Gepflogenheiten des Landtages. Ich hoffe, daß wir bei anderen Stellen Gelegenheit haben werden, zusammenzukommen und uns auszusprechen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Sante.

Abg. Sante: Meine Herren! Ich kann keinen Grund finden, der den Abg. Lahmann veranlassen konnte, heute auf die Frage der Eigenstaatlichkeit Oldenburgs einzugehen. Herr Lahmann hat gesprochen von Bremen und Hannover. Es hätte nahe gelegen, einen Schritt weiter zu gehen und auch von Braunschweig zu sprechen und zu sagen, daß seine Parteifreunde in Braunschweig sich ganz anders als Herr Abg. Lahmann einstellen. Ich bin mit Herrn Schömer darin einig, daß an den Beträgen, die für die Zwecke der sozialen Fürsorge eingestellt sind, Abstriche nicht mehr gemacht werden können. Es ist richtig, was im Bericht gesagt ist: „Manche Position, insbesondere für Kultur- und Wohl-

fahrtszwecke, hätte der Landtag gern reichlicher ausgestattet, es läßt sich aber aus finanziellen Gründen nicht verantworten.“ Man wird deshalb mit den Mitteln auskommen müssen, die eingestellt sind. Ich wiederhole, für alle die Zwecke: Kinderspeisung, Tuberkulosefürsorge usw. können geringere Beträge niemals in den Etat eingestellt werden. Ich kann Herrn Schömer aber nicht zustimmen in den Bemerkungen, die er gemacht hat über die geringere Notlage auf dem Lande, als sie von Herrn Meyer (Holte) dargelegt ist. Herr Abg. Schömer, Sie werden doch zugeben müssen, daß wir nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande eine gewaltige Notlage haben. Wenn Sie in viele Familien, namentlich von kleinen Leuten, von Feuerleuten, Pächtern usw. hineinsehen könnten, wenn Sie sehen würden, wie die Leute vielfach mit vielen Kindern, mit dem Leben zu kämpfen und zu ringen haben (Zuruf: Von Feuerleuten ist nicht gesprochen worden!), — das sind Landleute —, dann würden Sie mir recht geben und sagen, daß wir auch auf dem Lande viele Notstände haben. Wenn Herr Schömer weiter sagte, daß die Regierung nicht den Mut aufgebracht habe, den Etat auszugleichen, dann weiß ich nicht, wie der Etat ausgeglichen werden soll. (Zuruf: Das brauche ich Ihnen doch wohl nicht zu sagen!) Sie haben einen Vorschlag nicht machen können. Sie haben nur gesagt, der Regierung fehle der Mut, haben aber nicht gesagt, wie es denn gemacht werden soll. Neue Steuern können nicht erhoben werden, das haben Ihre Parteifreunde hier wie auch im Reiche anerkannt.

Was Herr Abg. Wempe über die Arbeitslosenversicherung gesagt hat, unterstütze ich, wenn auch über diese Frage in Berlin entschieden werden wird. Die Mißstände bekämpfen wir, aber es wäre ein großes soziales Unrecht, wenn die Arbeitslosenversicherung beseitigt würde. Das kann ein ernst denkender Deutscher sicher nicht wollen. Ich bin überzeugt, daß sich in allen Parteien, auch auf der Rechten, genügend vernünftige Leute finden werden, die die Arbeitslosenversicherung aufrecht erhalten werden oder wollen. (Zuruf Abg. Addicks: Wir zählen auch zu den Vernünftigen!) Das habe ich angenommen. — Meine Herren, man darf auch nicht vergessen, daß durch die Arbeitslosenversicherung auch den Gemeinden sehr viele Ausgaben erspart worden sind. Was hätten die Gemeinden, die heute mit Recht klagen, wohl machen wollen, wenn nicht die Gelder aus der Arbeitslosenversicherung gekommen wären. Von der Arbeitslosigkeit sind u. a. in sehr hohem Maße die älteren Angestellten betroffen. Leider muß ich sagen, daß nach den heutigen Begriffen zu den älteren Angestellten auch schon Leute von über 30 Jahren gehören. Es ist traurig, daß die Menschen, wenn sie Arbeit suchen, die Antwort

hören: „Ihr seid über 30 Jahre alt, wir können euch nicht mehr einstellen“, oder die andere Antwort: „Ihr habt Kinder, Ihr seid verheiratet, wir können Euch nicht nehmen“. Ich habe mich gefreut, daß die Handelskammer in Bremen an ihre Mitglieder die Bitte gerichtet hat, in erster Linie ältere Angestellte einzustellen. Ich würde mich freuen, wenn alle Stellen dafür sorgen wollten, daß in erster Linie die älteren Angestellten Beschäftigung finden. (Zuruf Abg. Frerichs: Glauben Sie, daß Ihr Appell Erfolg hat?) Ich habe etwas mehr Optimismus als Sie, Herr Frerichs, und hoffe, daß dieser Schritt einen Erfolg haben wird. Meine Herren, wenn ich von den privaten Arbeitgebern erwarte und wünsche, daß sie ältere Angestellte einstellen, dann muß der Staat auf diesem Gebiete vorangehen. Es darf nicht vorkommen, nicht beim Ministerium, aber auch nicht bei anderen staatlichen Stellen, daß man sagt: „Angestellte von dem und dem Alter brauchen sich nicht zu bewerben.“ Etwas derartig Unsoziales darf weder eine staatliche noch kommunale Behörde tun. Kommunale Behörden haben es leider schon getan. Die Behörden dürfen meines Erachtens keinen Arbeitnehmer zurückweisen, weil er mehr Kinder hat oder über 30 Jahre alt ist. Daß in der heutigen Zeit die Gesetzgebung auf die kinderreichen Familien zu wenig Rücksicht nimmt, ist richtig. Ich stimme dem zu, was ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei im Reichstag sagte: „Neber die Notlage der kinderreichen Familien ist viel geredet, aber eine wirkliche Hilfe ist bisher nicht geleistet worden.“ Es müßte auf dem Gebiet der Wohlfahrtsfürsorge für kinderreiche Familien viel mehr geleistet werden. Ich erkenne an, daß zahlreiche Gemeinden auf dem Gebiete des Wohnungswesens viel getan haben, aber sie haben fast immer nur kleine Wohnungen und Kleinstwohnungen gebaut. Ich bitte Sie, wenn die Familien, die in solche kleine Wohnungen ziehen, Kinder bekommen, wie soll das bloß werden. Auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist für kinderreiche Familien viel zu wenig getan worden. Meine Herren, wenn heute der Wunsch mancher Herren erfüllt und die Wohnungszwangswirtschaft abgebaut werden sollte, dann würden viele Familien in Eisenbahnwagen ihre Wohnung suchen müssen. (Zuruf Abg. Danne-mann: Das ist nicht gesagt!) Herr Danne-mann, ich glaube das bestimmt. Darum möchte ich die Regierung bitten, auch auf dem Gebiete der Loderung der Wohnungszwangswirtschaft mit der gleichen Vorsicht vorzugehen, mit der die Regierung bisher vorgegangen ist. Ich glaube nicht, daß die Mieterschaft im Oldenburger Lande der Regierung, wie in einer Eingabe zum Ausdruck gebracht wurde, mit Mißtrauen gegenübersteht. Ich hoffe, daß die Regierung auch in Zukunft auf diesem Gebiete unter voller Berücksichti-

gung der Interessen der Vermieter, aber auch der Mieter, vorgehen wird. Wenn Herr Müller vom Christentum sprach und die sozialen Unterschiede kritisierte, dann will ich ihm entgegen, daß es auch in Rußland Unterschiede gibt. Herr Müller, denken Sie bitte an die Sowjettagungen, denken Sie an das, was die Zeitungen geschrieben haben über die großen Diners der Sowjetbotschaft in Berlin usw. (Zuruf Abg. Müller: Wenn Sie nichts anderes wissen, dann verweisen Sie auf Rußland!) Wenn Sie mit diesen Vorwürfen kommen, kann man Ihnen eine bessere Antwort nicht geben.

Wenn Herr Abg. Röver uns dann vorgehalten hat, daß wir seit 60 Jahren mit der S. P. D. zusammengehen, dann will ich ihm antworten: Herr Röver, wir tun daselbe wie Sie bei der Abstimmung über die Oberschulkollegien. (Widerspruch.) Meine Herren! Herr Röver kann an der Tatsache nicht vorbeireden, daß er, wenn er dem Antrage auf Beseitigung der Oberschulkollegien zustimmt, er damit einem großen Teil des Volkes ein Recht und eine Einrichtung nimmt, das es jahrzehntelang gehabt hat. Ich habe mich gewundert, daß die Herren von der Sozialdemokratie und mit ihnen leider auch Herr Addicks diesen Antrag stellen. Herr Addicks, es tut mir in der Seele leid, Sie in dieser Gesellschaft zu sehen. Meine Herren von der Linken, wenn Sie Ihren Antrag durchführen, dann bedeutet das den ersten Schritt auf dem Wege, den Sie grundsätzlich gehen wollen. (Zuruf Abg. Fid: Agitation!) Die machen Sie, Herr Fid. Meine Herren, ich habe mich am meisten gewundert, daß gerade Herr Abg. Schömer diesen Antrag stellt, weil sein Parteifreund im Reich, Herr Sollmann, einen ganz anderen Standpunkt eingenommen hat. Herr Sollmann sagte: Er appelliere an die Parteien, die religiöse Toleranz zu erhalten. (Heiterkeit. — Zwischenrufe.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Meyer (Holte).

Abg. Meyer: Ich habe nicht die Absicht, in die Etatberatung einzusteigen und irgendwelche große Reden zu halten. Ich sehe mich aber veranlaßt, einige Bemerkungen der Linken richtig zu stellen. Herr Schömer hat gesagt, ich hätte behauptet, 66% der Bevölkerung wären hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig. Herr Schömer, ich habe von „hauptberuflich“ nicht gesprochen. Ihre Zahlen sind nicht stichhaltig, wenn Sie nicht berücksichtigen, daß die nebenberuflich in der Landwirtschaft Tätigen mit zu berücksichtigen sind. Es sind 48,4% hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig, außerdem sind mindestens 15% nebenberuflich in der Landwirtschaft beschäftigt, die von der Statistik nicht erfaßt sind. Wenn Sie gehört haben, daß bei den Landlehrern

3 Hektar Land bewirtschaftet werden, und wenn Sie wissen, daß viele Landwirte bei uns nicht mehr haben als 3 Hektar, dann werden Sie wissen, daß das Land Oldenburg wirklich ein Agrarstaat ist. Meine Ausführungen sind richtig gewesen. (Zwischenrufe.) Mit Zahlen, Herr Schömer, kann man alles beweisen und Sie wissen, daß die Statistik jedem dienstbar ist.

Ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Lahmann. Herr Lahmann hat behauptet, ich hätte in der Frage der Eigenstaatlichkeit meine Auffassung geändert. Ich glaube, daß Herr Lahmann kein Recht hat, das zu sagen. Er hat von mir nie gehört, daß ich unbedingt behaupte, daß Oldenburg selbständig bleiben müsse. Ich habe den Standpunkt vertreten, daß ich nicht glaube, daß auf die Dauer die oldenburgische Selbständigkeit in der Weise aufrecht erhalten werden kann, wie wir sie jetzt haben, daß ich aber nicht daran denke, irgendwie dem Einheitsstaat das Wort zu reden, weil ich ein grundsätzlicher Gegner des Einheitsstaates bin. Ich bin damit einverstanden, daß eine andere Einteilung der Länder erfolgt. Wie das geschehen soll, darüber kann man heute sich hier nicht streiten. Es ist aber nicht so, daß ich meine Ansicht geändert habe. Meine Auffassung ist dieselbe geblieben, aber die Auffassung der Herren von der Linken ist eine andere. 1919 hat Herr Hug als Volksbeauftragter Oldenburgs öffentlich die Meinung vertreten, daß die Selbständigkeit Oldenburgs so aufrecht erhalten werden müsse, wie sie damals war. Seine Auffassung hat sich wesentlich geändert. Es kann ein Mensch seine Ansicht ändern, das ist sein gutes Recht, aber man soll sich nicht hinstellen und sagen, daß ich für den Einheitsstaat eintrete. Ich bin ein Gegner des Einheitsstaates. Das Deutsche Reich wird sich nur erhalten können auf föderalistischer Grundlage.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röver.

Abg. Röver (durch dauernde Zwischenrufe unterbrochen): Ich möchte hier zum Einheitsstaat nicht sprechen. Zu den Ausführungen des Herrn Brodek aber muß ich feststellen, daß er, solange ich im Landtage bin, nichts anderes getan hat, als mich persönlich angegriffen. Damit richten Sie sich selbst, Herr Brodek, ich gehe nicht darauf ein. Wir haben die Wege, die gangbar sind, klipp und klar gezeigt. Da speisen Sie mich mit elenden Redensarten ab. Sie können ja weiter nichts sagen. Sie haben mir ein Paar hingewischt, ich stecke sie ein, gehe aber nicht darauf ein. Das ist das letzte Wort, was ich zu Ihnen spreche. Andererseits kann ich feststellen, daß ich an Ihrem empfindlichen Nerv gerührt habe, denn sonst hätten Sie mit einem Satz darauf eingehen müssen. Ihre Partei hat Schacht beauftragt, nach Paris zu fahren. Schacht

ist ausgestattet mit der Vollmacht, bis 1,6 Milliarden zu gehen. Und was tut Severing? Er geht in die Presse hinein und sagt, wir sind bereit, 2 Milliarden zu bieten. (Zuruf: Quatsch!) Ich bringe die Unterlagen dafür. (Zuruf Abg. Hug: Elender Demagoge!) Sie sind nichts anderes als, Sie sind ein Ableger der Rechtspartei; oh, wo haben Sie Ihren Geist gelassen. (Präsident: Herr Röver, ich rufe Sie zur Ordnung!) Das paßt den Herren nicht, wenn man Ihnen die Wahrheit sagt. (Zuruf Abg. Fid: Sie sind ein Idiot! — Präsident: Herr Fid, ich rufe Sie zur Ordnung!) Ich will Ihnen eins sagen, Herr Fid, wenn ich von Ihnen nachts träume, dann träume ich von einer Kreuzung zwischen einem Stiefelknecht und einer Ente. (Präsident: Herr Röver, ich rufe Sie zur Ordnung!) Ich lasse mich nicht als Idiot bezeichnen. Ich stelle fest, daß die Herren von der Linken sich aufgeregt haben, wenn man an Dinge rührt, die sie nicht vertragen können. (Zuruf: Nach Wehnen gehören Sie!)

Präsident: Ich stelle fest, daß ich die Abg. Fid und Röver zur Ordnung gerufen habe. Ich bitte, nicht in den Ton zu verfallen, wie der letzte Redner.

Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. Frerichs: Garantieren kann natürlich kein Mensch, aber ich will mich bemühen, der Mahnung des Präsidenten zu folgen.

Zunächst einige Worte zu dem Herrn Abg. Müller, der uns unsere bürgerliche Politik vorgeworfen hat. Ganz besonders nahm er Bezug auf die Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten Jürgel zu den Maivorgängen. Ich will Herrn Müller eins sagen: Wenn eine Partei, wie die kommunistische, als Mittel des legalen Kampfes gewählt hat blutigen Terror und Lüge unter allen Umständen, so haben Sie kein Recht, sich zu beklagen. Ich darf feststellen, daß das zu wiederholten Malen von der kommunistischen Zentrale als erlaubt, sogar als geboten bezeichnet ist. Also beklagen Sie sich nicht. (Zuruf Abg. Röver: Was machten Sie vor dem Kriege? — Zuruf Abg. Röder: Da kommt der Helfer!) Herr Röver, ich will darauf verzichten, Ihnen zu antworten. (Zuruf Abg. Röver: Sie sind unangenehm berührt!) Allerdings, das letztere will ich zugeben, daß ich unangenehm berührt bin, aber nicht in dem Sinne, wie Sie das auslegen. Wenn ich auch von meinen Träumen reden wollte, dann würde ich Heinrich Heine zitieren und sagen: „Ihr von Eurem Eselsstandpunkt könnt zwar nicht die großen Löwenideen von meiner Politik verstehen.“ Es lohnt sich nicht.

Es ist vom Herrn Finanzminister auf den Wohnungsbau in Preußen hingewiesen. Ich bin im Augenblick nicht in der Lage, die Zahlen nach-



zuprüfen, aber ich habe oft genug Gelegenheit gehabt, in Preußen und Oldenburg mir so einigermaßen die Dinge anzusehen, und ich muß feststellen, daß fast in jedem kleinen Orte in Preußen mehr geleistet ist als bei uns, und daß durchweg auch die Bedingungen für die Baudarlehen wesentlich günstiger waren. Woran das im einzelnen liegt, kann ich hier ganz besonders mit Bezug auf die Zahlen nicht feststellen.

Hinsichtlich der Wahrung der Eigenstaatlichkeit Oldenburgs will ich doch sagen, daß wohl kein vernünftiger Mensch etwa Anhänger des Einheitsstaates um jeden Preis bis zur Bewußtlosigkeit ist, sondern daß alle diese Dinge vernünftig zu beordnen sind. Aber wir glauben, daß ganz organisch die Entwicklung in früherer oder späterer Zeit zum Einheitsstaat führen wird. Für Oldenburg glaube ich sagen zu sollen, daß manche Dinge, die wir in den letzten Jahren erlebt haben — ich will an die Unterwerferfrage erinnern — für uns günstiger geregelt wären, wenn wir zu Preußen gehört hätten. Oldenburg kann, glaube ich, nicht in Berlin eine solche Schlagkraft haben wie Preußen, kann sich auch gegen Bremen nicht wehren. (Zuruf: Was würde Preußen tun? — Zuruf von der Regierung: Fragen Sie Brodel.) Zunächst bleibe ich bei der Auffassung. Wenn es gelungen ist, hier oder da einen kleinen Vorteil herauszuschlagen, so ist damit noch nicht das Gegenteil meiner Auffassung bewiesen. Man könnte auch die Frage stellen, wenn ich Preußen und Hamburg in Parallele stelle, ob man nicht noch größere und bessere Vorteile hätte erringen können. Ich bin der Meinung, daß organisch die Entwicklung zum Einheitsstaat führen wird und daß wir auch in Oldenburg früher oder später zu der Frage entscheidend werden Stellung nehmen müssen.

Herrn Sante, der von der großen Notlage auf dem Lande sprach, möchte ich etwas erwidern. Er hat sich etwas eingeschränkt, indem er nachher von den Feuerleuten sprach. Wir wollen nicht verkennen, ich habe das noch vorhin gesprächsweise gesagt, wenn auf dem flachen Lande die Arbeitslosenunterstützung eingeschränkt werden müßte, daß unter Umständen Leute, die auf dem flachen Lande auf Erwerb angewiesen sind, noch ärmlischer dastehen könnten als Leute in der Stadt. Aber, wenn ich einige Zahlen nennen darf, Herr Sante, dann haben wir an Tagelohnarbeitern und Heuerlingen ganze 2268 männliche und 435 weibliche im Landesteil Oldenburg, und so viel Leute, wie hier überhaupt für diese Gruppe in

Frage kommen, haben wir in einer einzigen größeren Stadt unseres Landes allein an Arbeitslosen. Diese Dinge sind auch zu beachten. Ferner will ich sagen, wenn Herr Sante meinen Parteifreund Söllmann zitierte, dann glaube ich, sind die Dinge etwas aus dem Zusammenhange gerissen und schief dargestellt. Herr Sante weiß, daß stets von jeher bei uns die Toleranz in konfessionellen Dingen ein Stück des Parteiprogramms gewesen ist und das ist auch sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Wenn Sie sagen wollen, daß auch in unseren Kreisen hier oder da gesündigt worden ist, dann sehen Sie in Ihren eigenen Kreisen nach, ob nicht da auch gegen die Höchstgebote Ihrer Kirche gesündigt ist. Wenn das nicht wäre, hätten Sie Ihre Beichtväter nicht nötig. (Seiterkeit.) Ich möchte Sie fragen, was hat nun denn die Frage der religiösen Toleranz zu tun mit der Frage, ob man in Oldenburg die beiden Oberschulkollegien vereinigen kann. Das hat damit nichts zu tun. Sie bringen das einfach hinein, weil es Ihnen in den Kram paßt. Die Belange der katholischen Kirche können auch bei einer Vereinigung genau so gut zu Raum kommen, aber es paßt Ihnen nicht, und deshalb wollen Sie es nicht zugeben. Sachlich das Gegenteil beweisen können Sie nicht. Es möchte verlockend sein, auf andere Dinge einzugehen. Ich will das aber nicht tun. Wir werden bei den einzelnen Positionen des Voranschlages noch Gelegenheit dazu haben.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung zum Voranschlag im allgemeinen und eröffne die Beratung zum Antrag 1 Kapitel 1 der Einnahmen, Titel 1, 2, Kapitel 2, Kapitel 3. Ich schließe die Beratung zum Antrag 1 und bitte die Abgeordneten, die den Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. (Zuruf: Es ist 2 Uhr!) Ich möchte vorschlagen, noch den Abschnitt „Allgemeine Verwaltung“ zu erledigen, das sind nur wenige Anträge. (Zuruf: Nein!) Wenn der Wunsch besteht, den Abschnitt nicht mehr zu erledigen, dann setze ich die nächste Sitzung auf Freitag vormittags 10 Uhr fest. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir Freitag eventuell auch nachmittags sitzen müssen. Ferner weise ich darauf hin, daß die Nachfuge zur Tagesordnung verteilt ist, sie liegt auf den Plätzen der Abgeordneten im Ausschuß.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß: 2¹⁰ Uhr.)

